

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin:
Ingrid Schumann Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr
Fernsprecher (04 61) 2 67 08 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)
3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen
usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500
50) Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)
Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Knud Erik Tygesen</i> Neue Chancen für die deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen.....	48
<i>Heinrich Schultz</i> Die Situation der dänischen Minderheit 1991 - Rückblick und Erwartung.....	52
<i>Raning Krueger</i> Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) Teil 1: 1945-1955.....	59
Umschau ab Seite 84	

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die

Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 2398 Harrislee

Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg

Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Druck: Har-

ry Jung - 2390 Flensburg

Neue Chancen für die deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen*

von *KNUD ERIK TYGESEN*

Die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Dänemark und Deutschland sind heute- im Gegensatz zu früheren Zeiten -dadurch gekennzeichnet, daß sie sich nicht mehr im bilateralen, sondern fast ausschließlich im multilateralen Rahmen vollziehen. Im wirtschaftlichen Bereich ist hier unsere gemeinsame Mitgliedschaft in der EG von überragender Bedeutung.

Seit Generationen war für den dänischen Außenhandel charakteristisch, daß wir sozusagen unser Geld in England verdienten und es dann in Deutschland ausgaben. Das heißt, wir hatten fast immer ein Defizit im Handelsverkehr mit Deutschland. So ist es immer noch, die Zahlen ändern sich jedoch in diesen Jahren in sehr markanter Weise. Für das Jahr 1989 betrug das dänische Defizit gegenüber Deutschland 7,5 Mia. dKr. Diese Zahl verringerte sich für das Jahr 1990 auf nur 1,4 Mia. dKr - das heißt beinahe Gleichgewicht. Und seit Herbst letzten Jahres haben wir zum ersten Mal seit vielen Jahren einen Überschuß im Handel mit Deutschland.

Ich weiß, daß dies kein isoliertes dänisches Phänomen ist, sondern eine generelle Tendenz, die eng mit der deutschen Einheit verbunden ist. Wir rechnen damit, daß der deutsche Leistungsbilanzüberschuß, der im letzten Jahr von 104 Mia. DM auf 72 Mia. DM absank, weiter absinken wird. Vielleicht wird er in diesem Jahr auf nur 15 Mia. DM abschmelzen. Ich bin unbescheiden genug zu wünschen, daß Dänemark einen großen Anteil an dieser Abschmelzung bekommen wird.

Es gibt also ein stark wachsendes dänisches Interesse an wirtschaftlichen Engagements in Deutschland, einschließlich der 5 neuen Bundesländer. Es gibt hierfür eine ganze Reihe von Gründen. Ich möchte aber hier nur drei nennen:

1. Der EG-Binnenmarkt hat bereits heute in der ganzen Gemein-

* Rede des dänischen Botschafters Knud Erik Tygesen vor dem Flensburger CDU- Wirtschaftsrat und der Mittelstandsvereinigung am 11. April 1991.

schaft eine Tendenz bewirkt, daß die Unternehmen in ihrer Investitionspolitik und Verkaufsstrategie sozusagen die freie Beweglichkeit für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft vorwegnehmen, die am 1.1.1993 in Kraft tritt.

2. Der Prozeß zur deutschen Einheit hat 1990 im westlichen Teil Deutschlands einen zusätzlichen Wachstumsimpuls von schätzungsweise 1-1,5 Prozentpunkten ausgelöst. Wie erwähnt, hat dieser Prozeß auch den deutschen Import stark wachsen lassen, nicht zuletzt deshalb, weil die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie schon in der Ausgangslage sehr hoch war. Für die übrigen Mitgliedsländer der EG hat die Kommission geschätzt, daß die Einheit einen zusätzlichen Wachstumsimpuls von etwa 0,5 % Punkt pro Jahr bedeuten würde. Dänemark hat den Ehrgeiz, diese Durchschnittszahl zu überbieten - nicht nur weil wir geographisch in einer guten Lage sind, sondern auch weil wir glauben, daß unser Warenangebot das richtige ist.
3. Die Funktion Deutschlands als wirtschaftlicher Brückenbauer zwischen den EG-Ländern und den Ländern in Zentral- und Osteuropa hat dazu beigetragen, das dänische Interesse für den deutschen Markt weiter zu steigern. Wie Sie wissen, war dieses Interesse bereits vorher groß - Deutschland nimmt etwa 17 % unseres Gesamtexports ab - jedoch hat der Aufbruch in Zentral- und Osteuropa und die Tatsache, daß diese Länder in hohem Maße Deutschland als ihren privilegierten Partner sehen, das dänische Interesse noch weiter steigen lassen.

Wir leben ja in Zeiten, in denen wir sozusagen jeden Tag mit neuen Theorien bombardiert werden. Sie kennen sicherlich auch die sogenannte „Bananentheorie“. Demnach werden die zukünftigen Wachstumszentren in erster Linie die folgenden sein: Südengland, Benelux, der nördliche Teil Frankreichs, Teile von Nordrhein-Westfalen, die Hochtechnologie- und finanziellen Zentren Hessen, Baden- Württemberg und Bayern, die Schweiz, Norditalien, der südliche Teil von Frankreich und die dynamischsten Regionen von Spanien und Portugal. Ja, wie Sie hören, nicht nur eine grausame Salbe, sondern dieser Theorie zufolge sollten also sowohl das nördliche Deutschland als auch ganz Dänemark in einer Wachstumsperipherie plaziert sein.

Wenn man über Zukunftsentwicklungen spricht, ist es natürlich richtig, daß man immer gut beraten ist, mit der Extrapolation anzufangen. Das kann aber auch übertrieben werden; und zu der eben erwähnten Theorie möchte ich sagen, daß diese eigentlich nur eine Fortschreibung bereits erkannter Tendenzen ist. Es gibt kein Naturgesetz, demzufolge es auch in Wirklichkeit so kommen muß. Sie brauchen da nur an die früheren Niedrigwachstumsgebiete in Bayern und Baden- Württemberg zu denken. Hier ist es, wie wir heute alle wissen, gelungen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionen auch aus dem Ausland angezogen haben.

Auch in dieser unseren gemeinsamen deutsch-dänischen Grenzregion gibt es ein Potential für ein beachtliches Wachstum. Dieses Potential basiert einerseits auf dem sogenannten Binnenmarkteffekt und andererseits auf dem Nachfrageschub der deutschen Einheit und - auch erwähnenswert - auf der Rolle der Grenzregion als wirtschaftliche Brückenbauerin zwischen den Ländern in Zentral- und Osteuropa und in Skandinavien.

In dieser Versammlung brauche ich eigentlich nicht hervorzuheben, daß - wenn wir dieses Potential ausschöpfen wollen - dann bedarf es entscheidender Verbesserungen der wirtschaftlichen Infrastruktur. Sie wissen, woran ich denke: Elektrifizierung der Eisenbahn auf der ganzen Strecke zwischen Odense und Hamburg und die Fehmarn-Belt-Verbindung, um nur zwei große Infrastrukturprojekte zu nennen. Erforderlich ist aber auch eine deutliche Verbesserung der Ausbildungs- und Forschungskapazitäten.

Wie Sie wissen, gibt es bereits Pläne für eine engere Zusammenarbeit zwischen dieser Grenzregion, dem nördlichsten der 5 neuen Bundesländer und anderen Teilen der Ostsee-Region. Hier hat die Landesregierung in Kiel und die sogenannte Denkfabrik gute Arbeit geleistet. Ich kann nur hoffen, daß die Vorschläge der Projektgruppe zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen und die Vorschläge zur Verbesserung der Standortattraktivität auch verwirklicht werden.

Ich will heute nicht auf die einzelnen Vorschläge eingehen, sondern mich darauf beschränken zu unterstreichen, wie notwendig es für eine rapide Wirtschaftsentwicklung ist, ein eigenständiges, zukunftsorientiertes „Country-Image“ für die Grenzregion zu schaffen.

Wir wissen sowohl in Dänemark als auch in Schleswig-Holstein, welchen Faktoren ausländische Investoren besonders großen Wert beimessen, wenn sie über neue Investitionen entscheiden. Konzentrieren wir uns also auf die Aufgabe, diese Faktoren wirksam zu machen.

Im übrigen sind die neuesten Zahlen für das wirtschaftliche Wachstum in Schleswig-Holstein außergewöhnlich gut. Das Land hatte eine der höchsten Wachstumsraten sämtlicher Bundesländer. Zu der guten Entwicklung auf dieser Seite der Grenze kommt die Wirkung der jetzt durchgeführten Stabilisierung der dänischen Wirtschaft. Wie Sie wissen, sind nicht nur unsere Lohnkosten- und Preissteigerungsraten niedriger als die entsprechenden bundesdeutschen - wir haben jetzt auch (und möge er lange anhalten) einen Leistungsbilanzüberschuss. Von dieser schwer erkämpften Ausgangslage erhoffen wir uns natürlich ein größeres Wachstum auch in der dänischen Wirtschaft als dasjenige, das wir in den letzten 5 Jahren hatten. Und wenn diese Hoffnung Wirklichkeit wird, gibt es auch auf unserer Seite der Grenze gute Chancen, das Wachstumspotential hier im Grenzland richtig nutzen zu können.

Ich weiß, daß ich hier viele Probleme nur ganz kurz angeschnitten habe, und zwar deshalb, weil wir dann vielleicht in einer Diskussion das eine oder andere Thema weiter vertiefen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Situation der dänischen Minderheit 1991 - Rückblick und Erwartung*

von HEINRICH SCHULTZ

Bei vielen Anlässen wird auf das fruchtbare Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit in Südschleswig hingewiesen. In längster Zeit hat die Stadt Flensburg dies als eins ihrer Argumente benutzt, um das Internationale Olympische Komitee dazu zu bewegen, die geplante Segler Olympiade im Jahr 2000 auf der Flensburger Förde austragen zu lassen. Es bedarf keinen langen Beweisführung dafür, daß wir auf dem besten Wege sind, von einem „Neben einander“ zu einem „Mit-einander“ zu kommen. Seit Verabschiedung der „Bonner Erklärung“ im Jahre 1955 haben sich die Beziehungen zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland weitgehend entspannt. Die „Bonner-Erklärung“ hat den Weg geebnet für zufriedenstellende Lebensbedingungen der dänischen Südschleswiger. Sie beinhaltet jedoch keine formale Absicherung der Minderheit teurer hier, Diese Absicherung erfolgte erst im Artikel 5 der im letzten Jahr in Kraft getretenen neuen Landesverfassung. Noch weitere 35 Jahre mußten die dänischen Südschleswiger und die Friesen um ihre Rechte kämpfen. Es zeugt von einem hohen Maß an Verantwortung gegenüber den beiden Volksgruppen, daß dieser Artikel vom Schleswig-holsteinischen Landtag einstimmig verabschiedet wurde.

Von seiten der Volksgruppe betrachten wir den neuen Minderheitenartikel als einen entscheidenden Schritt in Richtung der von uns seit vielen Jahren angestrebten Gleichberechtigung der drei Kulturen im Grenzland. Mit Spannung erwarten wir jetzt die Umsetzung in die Praxis. Wie in diesem Kreis bekannt sein dürfte, sind wir zusammen mit unseren friesischen und sorbischen Freunden bestrebt, die Politiker in Bonn davon zu überzeugen, daß ein entsprechender Minderheitenschutz auch im neuen deutschen Grundgesetz notwendig ist. In dieser Angelegenheit haben wir insbesondere von seiten der Landtagspräsidentin und der Landesregierung wertvolle Schützenhilfe erhalten, und dafür sind

* Rede des Vorsitzenden von Sydslesvigsk Forening vor der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes in Bredstedt am 4. Mai 1991.

wir dankbar. Wir sind der Auffassung, die Bonner Politiker müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber den drei in Deutschland lebenden Minderheiten stellen. Andern falls laufen sie Gefahr, gegenüber den Staaten in Osteuropa unglaublich zu erscheinen, die zahlenmäßig große deutsche Minderheiten beherbergen. Mit Recht erwartet die Bundesrepublik, daß auch in diesen Staaten eine Absicherung der Minderheitenrechte erfolgen wird. Im Rahmen der europäischen Minderheitenorganisationen werden die Forderungen der osteuropäischen Volksgruppen seit langem von uns unterstützt. Obwohl der Europarat und das EG-Parlament in Brüssel sich sehr für die Belange der europäischen Minderheiten einsetzen, ist ein einheitliches europäisches Minderheitenrecht heute leider noch nicht in Sicht. Fortschritte wurden in der Minderheiten-Politik erzielt bei der Menschenrechts-Konferenz in Kopenhagen im letzten Sommer, wo die Rolle der Minderheiten im künftigen Europa eines der Hauptthemen bildete. Dabei vertrat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Auffassung, daß Minderheiten im neuen Europa eine wichtige Rolle als ein festes Bindeglied zwischen den einzelnen Staaten übernehmen würden.

Vor wenigen Monaten verstarb Kurt Hamer, der Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten. In dieser Eigenschaft hatte er sich für die Belange der dänischen, friesischen und deutschen Minderheit in Nordschleswig eingesetzt. Er hatte ein tiefes Verständnis für die Probleme der Minderheiten, und wir betrachteten ihn nicht nur als einen Vermittler zwischen Mehrheit und Minderheit, sondern als einen wahren Freund. Wir begrüßen die Ernennung des früheren Landtags-Vizepräsidenten und Eckernförder Bürgermeisters Kurt Schulz als seinen Nachfolger. Herr Schulz, der sein neues Amt am 1. Mai antrat, hat zum Ausdruck gebracht, daß er im offenen, aufgeschlossenen Sinne die Arbeit seines Vorgängers weiterführen werde. Wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit mit Herrn Schulz, und ich möchte nicht verhehlen, daß wir große Erwartungen in seine Person setzen. Im Schleswig-holsteinischen Landtag und auch während seiner Amtszeit in Eckernförde war Herr Schulz stets ein fairer Partner der dänischen Volksgruppe. Wir respektieren und verstehen seine Entscheidung, vom Amt des SHHB-Präsidenten zurückzutreten, um damit ungebunden an die neue Aufgabe herangehen zu kön-

nen.

Nach der neuen Landessatzung steht die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Gleichzeitig heißt es: Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung. Dieser Punkt ist für uns von herausragender Bedeutung. Seit über 40 Jahren kämpfen wir um die Gleichberechtigung, wenn es um öffentliche Zuschüsse für unsere dänischen Aktivitäten geht. Hier hapert es insbesondere im kommunalen Bereich. Fairerweise muß ich sagen, daß die Zahl der Gemeinden, die unsere Arbeit in gleicher Weise wie die entsprechende deutsche unterstützen, im Steigen begriffen ist. Nach wie vor weigern sich aber sehr viele Gemeinden, Zuschüsse für Aktivitäten der dänischen Volksgruppe zu leisten. Bislang erhielten wir oft abschlägige Antworten auf unsere Anträge mit der Begründung, es sei dafür keine rechtliche Grundlage vorhanden. Obwohl es jetzt eine rechtliche Grundlage gibt, konnten wir in den letzten Monaten keine wesentliche Steigerung unserer Zuschüsse verbuchen. Vielerorts verweist man in diesem Zusammenhang auf die Finanznot der Kreise und Gemeinden. „Angesichts der leeren Kassen sehen wir uns außerstande, die in der neuen Landessatzung auferlegten Verpflichtungen der dänischen Minderheit gegenüber zu erfüllen“, heißt es aus mehreren Gemeinden. Ein solches Argument können wir nicht akzeptieren. Wir meinen die für die Kultur- und Sozialarbeit bewilligten Mittel einer Gemeinde können nicht einseitig der Mehrheitsbevölkerung zugute kommen, während der dänischorientierte Bevölkerungsteil leer ausgeht. Unser Vorschlag geht dahin, daß die Gemeindevertretungen oder Kreistage eine Umverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel dergestalt vornehmen, daß beide Parteien in gerechter Weise berücksichtigt werden.

Auch nach Verabschiedung der neuen Landesverfassung haben sich Gemeindevertreter öffentlich geweigert, Zuschüsse für dänische Kindergärten zu leisten. Die jüngsten Beispiele kommen aus Lindewitt und Groß-Rheide. Im Rechnungsjahr 1990 gab es im Landesteil insgesamt 38 Gemeinden, die eine Beihilfe für dänische Kindergärten verweigerten, während 23 es nicht einmal nötig hatten, unsere Anträge zu beantworten. Selbst in der Stadt Flens-

burg, wo das dänische Element ca. 20 Prozent der Gesamtbevölkerungszahl ausmacht, ist die völlige Gleichstellung noch nicht erreicht worden. Und das, obwohl die Flensburger Ratsversammlung bereits im Jahre 1983 grundsätzlich beschlossen hatte, die Aktivitäten der dänischen Volksgruppe in gleicher Weise zu fördern wie die entsprechenden deutschen. In einigen Bereichen wurden die Zuschüsse hier schrittweise heraufgehoben, aber was die dänische Kulturarbeit anlangt, erhalten wir nach wie vor lediglich ca. 4 Prozent der Mittel des gesamten Kulturhaushaltes.

Bekanntlich fallen kommunale Zuschüsse für die dänische Volksgruppe unter die Rubrik „freiwillige Leistungen“. Obwohl die rechtliche Situation sich jetzt geändert hat, müssen wir davon ausgehen, daß unsere kommunalen Vertreter weiterhin für die Bezuschussung unserer Aktivitäten streiten müssen, und daß noch etliche Jahre ins Land gehen werden, bevor die Gleichstellung erreicht worden ist. Mit der neuen Landesverfassung haben wir aber ein weit besseres Argument in der Hand als vorher.

Nehmen wir aber einmal an, die Finanzfragen wären zu unserer Zufriedenheit gelöst. Was wäre dann?

Wäre also tatsächlich mit der Erfüllung der finanziellen Forderungen „die Minderheitenfrage aus der Welt geschafft“, wäre das Ziel, das die „Bonner Erklärung“ und die neue Landesverfassung sich gesetzt haben, dann erreicht?

Zu einem wesentlichen Teil ja. Die Gleichberechtigung zwischen Mehrheit und Minderheit wäre insoweit vorhanden.

Was nachbleibt, was ungleich schwieriger zu lösen ist, ist die Frage der Haltung der Nationalitäten zueinander, ist das Problem der zwischenmenschlichen Beziehungen.

In der Vergangenheit sind wir oft konfrontiert worden mit Begriffen und Vokabeln, die uns nachdenklich stimmen. Es war die Rede von „fremden Volksgruppen“ und „Gastrecht genießen“. Zugegeben, Äußerungen dieser Art sind seltener geworden, aber noch vor wenigen Jahren fühlte sich der Chef eines großen Flensburger Zeitungsverlages im Zusammenhang mit einem Rechtsstreit mit unserer Tageszeitung „Flensburg Avis“ veranlaßt, davon zu sprechen: „Auch wenn man in diesem Lande Dänisch spricht, hat man sich an die Gesetze des Gastlandes zu halten“. Solche und ähnliche Formulierungen könnten in der deutschen Öffentlichkeit den

Eindruck erwecken, wir seien Fremde in unserer eigenen Heimat. Wie gesagt, diese Äußerung liegt einige Jahre zurück. Ein Vorfall, der sich vor einigen Tagen in Schleswig zugetragen hat, zeigt, daß eine ähnliche Einstellung der dänischen Volksgruppe gegenüber noch am Leben ist. Dort hat ein von der Stadt Schleswig beauftragter Stadtführer die Volksgruppe als „Gäste auf Zeit“ in Schleswig-Holstein bezeichnet. Der Leiter des städtischen Kulturamtes vermutet, daß in den Köpfen einiger Leute unter Umständen noch ein konservatives oder gar anti-dänisches Weltbild sein könnte.

Ich möchte nicht Vorfälle dieser Art überbewerten oder gar dramatisieren. Auf der anderen Seite zeigen sie, daß es nach wie vor deutsche Mitbürger gibt, die sehr wenig von der Grenzlandproblematik verstehen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß das Wissen um die dänische Volksgruppe bei unseren deutschen Nachbarn nach wie vor generell nicht besonders groß ist. Diese Tatsache dürfte auch eine Rolle spielen bei der fehlenden Bereitschaft deutscher Gemeindevertreter, Gelder für unsere Aktivitäten zu bewilligen. Sie wissen einfach zu wenig über uns und wofür wir stehen. Seit vielen Jahren versuchen wir in Gesprächen mit kommunalen Vertretern aller Parteien diese Informationslücke zu schließen. Gerade jetzt steht eine neue sogenannte Bürgermeisterrunde bevor, wobei wir Vertreter aus etwa 30 Gemeinden unseres Landesteils ansprechen werden.

Ich betone noch einmal: Die genannten Beispiele - und ich könnte mehrere nennen - sind kein Klagelied. Es sind auch finanzielle Probleme, die wir - zäh wie wir nun einmal sind - mit den zuständigen Stellen diskutieren. Sie sind aber nicht vorrangig Finanzprobleme, sondern Verständigungs- und Verständnisprobleme.

Wenn z.B. ein CDU-Mitglied der Schleswiger Ratsversammlung den Kollegen der SSW-Fraktion das Recht abstreiten will, sich in Sachen deutsche Kultur zu Wort zu melden, dann macht es uns betroffen. Ich möchte aber hinzufügen, die Entwicklung der letzten Jahre ist für die dänische Minderheit im großen und ganzen gut verlaufen. Insbesondere mit der Landesregierung besteht heute ein offenes und vertrauensvolles Verhältnis, worüber wir uns freuen.

Und man soll nicht Kritik üben, wenn man nicht bereit ist, sich

auch selbst kritisch zu betrachten. Und da gibt es manches, was wir auch falsch machen. Das will ich hier nicht im einzelnen belegen, aber nur darauf hinweisen, daß von einem zweigleisigen Verhältnis die Rede ist. Auch wir müssen um Vertrauen bei unseren deutschen Nachbarn werben. Allzuoft haben deutsche Mitbürger darauf hingewiesen, daß wir die Neigung haben, uns zu verschließen oder sogar einzukapseln. Natürlich sind wir uns der Gefahren eines Ghetto-Daseins voll bewußt. Diese Hinweise sollten uns willkommener Anlaß sein, unsere eigene Stellung im Verhältnis zur Mehrheit zu überdenken und, wo immer möglich, umzuordnen. Unsere äußeren Bedingungen sind gut - fast zu gut, wie einige meinen. Mehr Druck von außen würde über manche internen Schwierigkeiten hinweghelfen. Aber es ist ein wesentliches Element unseres Selbstverständnisses, wenn wir frei und ohne Druck von außen uns mit den für uns wichtigen Fragen unserer Zukunft, unserer inneren Identität, ja, der Behauptung als gleichberechtigter Partner einer Mehrheit auseinandersetzen können. Das befreit von Komplexen, von Abwehrverhalten und Verklemmtheit.

Wie wird die Zukunft der Volksgruppe aussehen? Diese Frage kann nur in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Raumes beantwortet werden. Aufgrund der relativ hohen Arbeitslosigkeit in Südschleswig hat auch eine beachtliche Zahl junger Menschen aus der Volksgruppe ihre Heimat verlassen. Nach Wiederherstellung der deutschen Einheit wird das wirtschaftliche Schwergewicht in Schleswig-Holstein sich weiterhin gen Süden verlagern. Gleichzeitig sollen Förderprogramme, die unserem wirtschaftlich schwachen Raum zugute kamen, abgebaut werden. Durch den geplanten Abbau der Bundeswehr werden weitere Arbeitsplätze in unserer Region verlorengehen. Diese negative Entwicklung wird auch an uns als dänische Volksgruppe nicht spurlos vorbeiziehen. Wer geglaubt hatte, der europäische Binnenmarkt ab 1993 würde ein Plus für unseren strukturschwachen Raum bedeuten, muß sich jetzt eines besseren belehren lassen. Die neuesten Prognosen zeigen, daß eher ein Minus zu erwarten ist. Durch den Binnenmarkt wird sich in kultureller Hinsicht vieles für die Volksgruppe ändern. Vieles in unserer Arbeit muß neu überdacht werden, aber eines steht fest: Wir können die

neuen Aufgaben nur in verstärkter Zusammenarbeit mit dem dänischen Volk lösen. So wie wir in der Vergangenheit viele Aufgaben gelöst haben, werden wir uns auch dieser neuen Herausforderung stellen.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW)

Teil I: 1945-1955

von RANING KRUEGER

1. EINLEITUNG

Grundlage des vorliegenden Beitrages ist eine Diplom-Hausarbeit, die der Verfasser im Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin im Dezember 1984 eingereicht hat. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) bildet als Gegenstand einer wissenschaftlichen Darstellung bislang weitgehend eine Forschungs- und Informationslücke, wie auch eine theoretische Einordnung bzw. Theorie regionaler politischer Parteien am Beispiel des SSW problematisch ist.

Ziel der Arbeit war es, einen Beitrag zur Struktur- und Entwicklungsgeschichte des Südschleswigschen Wählerverbandes unter Berücksichtigung der besonderen gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen der „politischen Kultur“ Schleswig-Holsteins zu leisten.¹

Der vorliegende Beitrag möchte in zwei Teilen dem breiten Leserkreis der Grenzfriedenshefte einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte des SSW geben. In dieser Zusammenfassung wird auf die theoretische Einordnung (Parteientheorie und Begriff der „nationalen Minderheit“) ebenso verzichtet wie auf Aussagen zur Organisation und Struktur des SSW, während Programmatik, Politik und Wählerschaft in knapper Form berücksichtigt werden.

Der Verfasser ist seit 1985 als parlamentarischer Mitarbeiter beim SS W-Abgeordneten im Schleswig-Holsteinischen Landtag angestellt.

in innere Angelegenheiten ab. Die dänische Regierung vertrat die Auffassung, daß die freiheitliche Verfassung des einzelnen Staates der beste Garant für eine zufriedenstellende Minderheitenregelung sei.

Offiziell anerkannt wurde die neue Grenze lediglich von den beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Dänemarks im sogenannten Stauning-Wels- Abkommen von 1923.

Vor allem von der Seiten deutschen Minderheit und des schles-

wig-holsteinischen Bürgertums wurde eine Grenzrevision gefordert. Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 schien die schleswig-holsteinische Kampagne zur „Wiedergewinnung Nordschleswigs“ („Ostersturm“) vor dem Erfolg zu stehen. Auch heute ist nicht ganz geklärt, weshalb die schleswig-holsteinische Revisionsforderung, die Parole „Heim ins Reich“, damals von Berlin nicht gestützt wurde. Dies verhinderte indes nicht die Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 durch deutsches Militär.

Die Volksabstimmung 1920 hatte die hohen Erwartungen der dänischen Südschleswiger vor allem in Flensburg auf eine südlichere Grenzziehung nicht erfüllt. Bis 1920 konnten sie sich auf die enge Verbindung mit der starken dänischen Bewegung in Nordschleswig stützen - u. a. auch auf die politische Arbeit des Nordschleswigschen Wählerverbandes, der damit quasi eine der Wurzeln des heutigen SSW darstellt. Durch die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark wurden die dänischen Südschleswiger zu einer relativ kleinen Minderheit im deutschen Staat, zumal ein Teil nach Dänemark zog. Für die dänische Minderheit konnte es nach 1920 lediglich um die Erhaltung möglichst weitreichender kultureller und politischer Freiheiten gehen.

Immerhin sicherte die Weimarer Verfassung in ihrem Artikel 113 den nationalen Minderheiten die freie und volkstümliche Entwicklung sowie den Gebrauch der Muttersprache zu. Aber gerade die Sprache des dänischen Bevölkerungsteils in Mittel- und Südschleswig hatten die preußischen Behörden seit 1864 systematisch unterdrückt.

Vor diesem Hintergrund zeigte sich die Kehrseite des Artikels 113: Die Sprache und nicht die Gesinnung machte den Behörden zufolge die Nationalität aus. So wurden beispielsweise bei der Errichtung einer dänischen Volksschule in Flensburg 1920 dreimal so viele Kinder zurückgewiesen wie aufgenommen, da ihre dänischen Sprachkenntnisse nicht ausreichten. Außerhalb Flensburgs wurden erst 1926 und 1929 öffentliche dänische Schulen zugelassen.

Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter bildeten den Kern der sich zu zwei Dritteln in der Stadt Flensburg konzentrierenden dänischen Volksgruppe. Diese soziale Zusammensetzung sollte für die Entwicklung nach 1945 in Schleswig-Holstein eine zentrale Rolle

spielen. In den führenden Positionen der Minderheit dominierten hingegen Selbständige, Geschäftsleute und Bauern.

Die Abstimmungszahl von 12.800 dänischen Stimmen, die in Flensburg (8.947) 28% der einheimischen Stimmen entsprach, konnte bei gewöhnlichen politischen Wahlen nicht gehalten werden.

Für Südschleswig geben die Ergebnisse der Kommunalwahlen zusammen mit den Mitgliederzahlen des Schleswigschen Vereins einen Anhaltspunkt für die Größe des festen Kernes der Minderheit, da diese bei den Reichs- und Landtagswahlen keine Aussicht auf die Erlangung eines Mandats hatte. Hinzu kam, daß sich die dänische Minderheit nach 1924 in der Stadt Flensburg nicht mehr an Reichs- und Landtagswahlen beteiligte. Ihre Anhänger hatten ihr damals die Gefolgschaft versagt und offenbar zum großen Teil aus wirtschaftlichen und politischer Gründen sozialdemokratisch gewählt.

Politisch war die dänische Minderheit während der Weimarer Republik lediglich auf kommunaler Ebene in der Stadt Flensburg und in drei Kreistagen vertreten 1933 lagen die dänischen Stimmenzahlen noch bei knapp 4.700, davon etwa drei Viertel in Flensburg.

Während des Dritten Reiches mußte die dänische Minderheit um ihre Existenz ringen. Nachdem jegliche politische Arbeit unmöglich geworden war, ging es lediglich um die Verteidigung eines minimalen kulturellen Freiraumes. Zwar konnte „Flensburg Avis“ trotz zeitweiliger Inhaftierung der Redakteure als wahrscheinlich einzige nicht-gleichgeschaltete Zeitung in Deutschland weiter erscheinen und die dänische Bevölkerungsgruppe unter Beschränkungen ihre Kinder in dänische Schulen schicken. Die einzelnen Mitglieder der Minderheit waren jedoch einem starken Druck der lokalen Behörden, NS-Parteiinstanzen und Organisationen ausgesetzt.⁴

3. DAS ANWACHSEN DER DÄNISCHORIENTIERTEN BEWEGUNG IN SÜDSCHLESWIG NACH 1945

Die dänische Gesinnungs- oder Kulturminderheit südlich der Grenze wurde nach 1945 zum organisatorischen Zentrum einer breiten dänischorientierten Heimatbewegung im Landesteil

Schleswig.

Während die organisierte dänische Minderheit im Mai 1945 nur noch wenige tausend Mitglieder zu zählen schien, wuchs sie innerhalb weniger Jahre auf nahezu 80,0 Mitglieder und 100.000 Wähler an. Bei der Landtagswahl 1947 stimmten 55,1 % der Einheimischen im Landesteil Schleswig für die Kandidaten des Südschleswigschen Vereins.⁵

Diese dänischorientierte Bewegung im Landesteil Schleswig hatte im wesentlichen drei Ausgangspunkte:

1. Die alte dänische Minderheit, die sich in der Stadt Flensburg und in Mittelschleswig konzentrierte.
2. Eine eher ländlich-bürgerlich geprägte Heimatbewegung, die für den Wiederaufbau Südschleswigs in Zusammenarbeit mit Dänemark eintrat.
3. Große Teile der Sozialdemokraten Südschleswigs, vor allem in den Städten Flensburg und Schleswig, die eine unabhängige sozialdemokratische Partei für Südschleswig anstrebten oder in den SSW eintraten.

Die politische Relevanz lag vor allem darin, daß die Führung der dänischen Minderheit als Kern dieser dänischorientierten Heimatbewegung offenkundig separatistische Zielsetzungen vertrat, indem sie die Vereinigung Südschleswigs mit Dänemark, zumindest aber einen Sonderstatus für dieses Gebiet forderte. Zahlreiche Petitionen unterschiedlicher Bevölkerungskreise Südschleswigs im Laufe des Jahres 1945 verdeutlichten jedoch, daß es sich bis etwa 1949 um eine von breiten Bevölkerungsschichten getragene, dänischorientierte Heimatbewegung handelte, die ein Ziel vereinte:

Die verwaltungsmäßige Trennung des Landesteils Schleswig von Holstein mit dem Ziel einer späteren Anbindung an Dänemark, verbunden mit einer Umsiedlung der Flüchtlinge.⁶

Dänemarks erste politische Manifestation in der Südschleswig-Frage war die Erklärung der Sammlungsregierung vom 9. Mai 1945: Die Grenze liegt fest. Auch in den Folgejahren betrieb die dänische Regierung eine zurückhaltende Politik, die lediglich auf die Sicherung der kulturellen und politischen Gleichberechtigung des dänischgesinnten Bevölkerungsteils abzielte. Der nationalstaatliche Charakter Dänemarks sollte erhalten bleiben, die Folkeingemehrheit wollte keine außenpolitischen und ökonomischen

Risiken eingehen, falls sich die Südschleswig-Bewegung unter veränderten Bedingungen als ein vorübergehendes Phänomen erweisen würde.⁷ Bereits am 23. August 1946 war das Land Schleswig-Holstein gegründet und damit eine politische und regionale Neuordnung vorgenommen worden, die südschleswigsche und dänische Forderungen unberücksichtigt ließ.

Die für die Minderheitenpolitik zuständigen britischen Militärbehörden standen den separatistischen Bestrebungen im Landesteil Schleswig angesichts der Verschärfung der Ost-West-Spannungen ablehnend gegenüber. Ende 1946 verschärfte sich die britische Haltung gegenüber den dänischorientierten Südschleswigern. Die dänischen Schulen wurden der Aufsicht der Militärregierung und der deutschen Schulräte unterstellt und ihre Aufnahmebestimmungen verschärft. Die britischen Behörden verweigerten die Zulassung einer dänischorientierten politischen Partei und die Lizenzierung einer deutschsprachigen dänischorientierten Zeitung.⁸

Von einer eigenständigen schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik kann erst seit den von der britischen Regierung angeregten Verhandlungen zwischen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung und Vertretern der dänischen Minderheit 1948/49 gesprochen werden. Diese fanden einen ersten Abschluß in der „Kieler Erklärung“ der Landesregierung von 1949, in der der dänischen Minderheit die allgemeinen demokratischen Rechte zugesichert und das Bekenntnisprinzip in der Nationalitätenfrage unterstrichen wurde.⁹ Bei der Erörterung der Motive für das Anwachsen der dänischorientierten Heimatbewegung muß - im Gegensatz zu den stark emotional bestimmten und wenig differenzierenden Auseinandersetzungen der 40er und 50er Jahre - von einem „Bündel von Motiven“ ausgegangen werden. Dies gilt sowohl im Hinblick auf das in vielen deutschen Erklärungsversuchen vorherrschende materielle Motiv („Speckdänen“) - das mit dem Hinweis auf die soziale Struktur der dänischorientierten Bewegung untermauert werden soll - als auch für die von dänischer Seite mehrfach vertretene These einer „Wiedererweckung eines durch 80 Jahre preußischer Germanisierungspolitik verschütteten Dänentums“ in Südschleswig.¹⁰ Als Folge des totalen deutschen Zusammenbruchs war auch in Südschleswig ein politisches Vakuum entstanden; katastrophale soziale und wirtschaftliche Verhält-

nisse wurden durch die zahlreichen Flüchtlinge weiter verschärft. Neben den psychologischen Folgen des „inneren Zusammenbruchs“ nach 1945 ist auch der Aspekt der „kulturellen Zweiströmigkeit“ eines Teils der Schleswiger zu berücksichtigen, oftmals durch familiäre Bande über die Grenze verstärkt. So hat auf kultureller Ebene weniger ein „Aufgeben deutscher Kultur“, sondern eher ein „Umwerten“, ein „Abwerten des Deutschen“ und „Aufwerten des Dänischen“ stattgefunden.

Bis 1946 existierte in Schleswig-Holstein keine feste staatliche oder gesellschaftliche Grundlage, die dem Einzelnen eine deutsche Identität erleichtern konnte, und es existierte bis 1949 kein deutscher Staat, demgegenüber Loyalität erwiesen werden konnte oder mußte.

Für viele war der nationale Gesinnungswechsel vor allem eine politische Entscheidung, wie das Beispiel der nach 1945 mehrheitlich dänischorientierten Sozialdemokraten im Landesteil Schleswig verdeutlicht. Diese begründeten ihre Hinwendung zur dänischen und nordischen Demokratie mit den enttäuschenden Erfahrungen der Weimarer Republik, für die sie bei der Volksabstimmung 1920 gestimmt hatten, und der folgenden nationalsozialistischen Diktatur, die gezeigt hätten, daß eine dauerhafte und funktionsfähige Demokratie in Deutschland unmöglich sei.¹¹

4. *DIE ENTSTEHUNG DES SÜDSCHLESWIGSCHEN WÄHLERVERBANDES (SSV) 1948*

Nachdem mit der Neugründung des Südschleswigschen Vereins (SSV) im Januar 1946 das Ziel der organisatorischen Neuordnung für die dänische Minderheit erreicht war, bemühte sich der SSV um die Genehmigung zur politischen Betätigung, zumal die ersten Parlamentswahlen bevorstanden. Es ging der dänischen Minderheit bei den folgenden Bemühungen nicht um die Schaffung einer neuen, ihre Interessen vertretenden Partei neben dem SSV, sondern um die Erlangung der Rechte einer politischen Partei für den SSV. An einen „Wählerverband“, wie er sich schließlich im Juni 1948 konstituierte, war zunächst nicht gedacht.

Nach dem günstigen Ausgang der Kommunalwahlen im Herbst 1946, bei denen die Kandidaten des SSV 34,1 % aller Stimmen im Landesteil Schleswig erhalten hatten, und unter dem Eindruck einer ständig steigenden Mitgliederzahl - rund 60.000 im Novem-

ber 1946 - stellte der SSV am 28. November 1946 bei der Kontrollkommission den Antrag auf politische Gleichstellung mit den deutschen Parteien. Es sei mit den allgemeinen demokratischen Prinzipien unvereinbar, wenn ein großer Teil der Bevölkerung nur aufgrund der nationalen Einstellung von der politischen Gleichberechtigung ausgeschlossen sei. Die politischen Ziele, für die der SSV eintrete, seien die Stärkung des dänischen Lebens in Südschleswig, die Lösung Südschlewigs aus holsteinischer, preußischer und deutscher Oberhoheit, die Umsiedlung der Flüchtlinge in andere Teile Deutschlands und eine möglichst enge Verbindung zu Dänemark und Skandinavien, vorausgesetzt, daß die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung diese Forderungen unterstreiche.¹² Nachdem die Forderung nach administrativer Trennung Schleswigs von Holstein aus dem Wahlprogramm gestrichen worden war, erhielt der SSV im März 1947 vorübergehend den Status einer Partei, jedoch nur für die Dauer und zum Zwecke der Landtagswahl am 20. April 1947. Hier zeigte sich das Dilemma der britischen Regierung: Einerseits schien es ihr nicht gerechtfertigt, den dänischen Bevölkerungsteil gegenüber der deutschen Bevölkerung zu benachteiligen, andererseits aber konnten die Briten die politischen Ziele des SSV nicht tolerieren.

Nachdem der SSV unter dem Namen Südschleswigscher Wählerverband (SSW) bei der Landtagswahl 1947 99.500 Stimmen und damit sechs Mandate erzielen konnte, wiederholte der SSV unter Beifügung von Protestresolutionen seinen Antrag auf politische Gleichstellung mit dem deutschen Bevölkerungsteil. Die dänische Regierung unterstützte diesen Antrag, wobei sie auch daraufhinwies, daß die dänischgesinnte Bevölkerungsgruppe die politische Gleichstellung benötige, um ihre kulturelle Freiheit aufrechterhalten zu können. Auch lagen nach Ansicht der dänischen Regierung keine Anhaltspunkte für einen eventuellen Mißbrauch der politischen Rechte durch den SSV vor. In der Antwort-Note erklärte sich die britische Regierung bereit, den SSV als politische Partei anzuerkennen, wenn er bestimmte Bedingungen zu erfüllen bereit sei:

- a) die Gleichstellung mit anderen politischen Parteien in der britischen Besatzungszone und damit auch Verpflichtung zur Loyalität gegenüber dem Herbergsstaat,
- b) die Auflösung enger personeller Verbindung zu Dänemark und

c) der Verzicht auf materielle Zuwendungen aus Dänemark. Eine Anerkennung dieser Bedingungen hätte für den SSV den Verzicht auf Abtrennung Schleswigs von Holstein und damit von vorneherein den Verzicht auf einen späteren Anschluß an Dänemark bedeutet. Um aber die engen kulturellen Verbindungen zu Dänemark aufrechterhalten zu können und den dänischen Institutionen weiterhin die materielle Unterstützung aus Dänemark zu sichern, schlug die dänische Minderheit die Bildung einer gesonderten politischen Organisation neben der bestehenden kulturellen vor. Die Verhandlungen führten schließlich nach einer Abschwächung der politischen Aussagen zur Gründung des „Südschleswigschen Wählerverbandes“ (SSW) am 25. Juni 1948. Die britische Militärregierung erkannte am 5. August 1948 Programm und Satzung des SSW an, der seither die dänische Bevölkerungsgruppe im Landesteil Schleswig als politische Partei vertritt, während der SSV als rein kulturelle Organisation wirkt. Offiziell wurde nun nicht mehr von einer Loslösung von Deutschland gesprochen, das Ziel war die Errichtung eines Landes Schleswig. Durch diese veränderte Form der Forderung nach Lösung Schleswigs von Holstein waren die Bedingungen der britischen Militärregierung für die Anerkennung des Programms erfüllt. Auch die Flüchtlingsfrage wurde im Programm angesprochen unter dem Zusatz, daß ihnen ein menschenwürdiges Dasein geboten werden solle, solange ihr Verbleiben nicht geklärt sei.

5. DAS DILEMMA DER DÄNISCHORIENTIERTEN SOZIALDEMOKRATEN

Die Haltung der deutschen Parteien in Schleswig-Holstein gegenüber der Grenz- und Minderheitenfrage war bis 1948/49 einheitlich, dies gilt nicht nur für die bürgerlichen Parteien, sondern auch für die Sozialdemokraten. Ihr gemeinsamer Nenner bestand in einer betont nationalen und ablehnenden Haltung gegenüber dem „Neudänentum“ in Südschleswig, wo die dänische Minderheit „politisiert“ worden sei. Die vordringlichste Aufgabe einer Grenzland- und Minderheitenpolitik wurde deshalb in einer Reduzierung der Minderheit auf ihren „echten Kern“ und ihre „Entpolitisierung“

gesehen, nicht zuletzt als Voraussetzung für eine Normalisierung des deutsch-dänischen Verhältnisses und „Ruhe im Grenzland“. Während die deutsche nationale Haltung innerhalb der bürgerlichen Parteien im nördlichsten Landesteil am stärksten ausgeprägt war, verhielt es sich bei den Sozialdemokraten umgekehrt.

Nachdem bereits in einer Resolution Flensburger sozialdemokratischer Parteifunktionäre und Gewerkschaftler vom Juni 1945 eine Grenzrevision gefordert worden war, zeigte sich bei der Zulassung des Flensburger SPD-Kreisvereins Anfang 1946, daß sich die überwiegende Mehrheit der Flensburger Arbeiterschaft zum Dänentum bekannte. Besonders scharf reagierte die Bezirksleitung der SPD in Kiel. Sie sah die Grenze von 1920 als festliegend an, bedauerte die separatistischen Umtriebe in Schleswig und beklagte ganz besonders, „daß diese volksverräterischen und parteischädigenden Bestrebungen auch in sozialdemokratischen Kreisen Eingang gefunden haben“. Auch auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD am 9. und 10. Mai 1946 in Hannover formulierte Kurt Schumacher die betont nationale Einstellung seiner Partei und wandte sich scharf gegen jeden Föderalismus und Separatismus. Einer Entschließung des Kieler Bezirksvorstandes vom Juni 1946, in der das sozialdemokratische Grenzabkommen von 1923 bestätigt wurde, stimmten die Vertreter der Kreisverbände Flensburg-Stadt sowie Schleswig-Stadt und Schleswig-Land nicht zu. Sie nahmen vielmehr für sich das Recht in Anspruch, sich zum Dänentum zu bekennen, für eine erneute Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes zu arbeiten und dadurch eine Grenzänderung herbeizuführen. Weiterhin wurde die Forderung zurückgewiesen, ähnlich wie vor der Volksabstimmung 1920 Druck auf die Mitglieder auszuüben. Man wollte es dagegen jedem einzelnen Parteimitglied im Landesteil Schleswig überlassen, seine nationalpolitische Wahl frei zu treffen. Damit waren die Fronten geklärt, und bei der konzessionslosen, nationalen und antiseparatistischen Haltung der Parteiführung war der Bruch unvermeidlich.

Auf dem Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD am 7. September 1946 in Husum erklärte Kurt Schumacher den überwiegend dänischorientierten SPD-Kreisverband in der Stadt Flensburg für aufgelöst, der daraufhin eine neue, von der Besatzungs-

regierung genehmigte Partei gründete: Die „Sozialdemokratische Partei Flensburg“ (SPF). Ein Antrag der übrigen dänischorientierten Sozialdemokraten auf Gründung einer besonderen sozialdemokratischen Partei für den ganzen Landesteil Schleswig wurde hingegen von der britischen Militärregierung abgelehnt.

Dies führte zum Parteiaustritt einer Reihe von Sozialdemokraten, die sich nun auch organisatorisch der dänischen Minderheit anschlossen, unter ihnen der spätere Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete des SSW von 1949-53, Hermann Clausen, Bürgermeister der Stadt Schleswig, In Flensburg bestanden fortan zwei sozialdemokratische Parteien, einmal der neugegründete, in der Mehrzahl aus Flüchtlingen bestehende Kreisverein der SPD und zum anderen die SPF. Während die Flensburger SPD bis zur Wiedervereinigung der SPF mit der SPD am 25. Juni 1954 ein politisches Schattendasein führte, bildete die SPF in Zusammenarbeit mit dem SSV/SSW von 1946 bis 1951 eine dänische Mehrheit im Flensburger Rathaus. Organisatorisch und politisch war die SPF jedoch nicht zuletzt durch ihre lokale Begrenzung isoliert. Bei dem Versuch, in enger Verbindung mit der dänischen Sozialdemokratie die politischen Zielsetzungen der dänischen Minderheit zu unterstützen, ergaben sich keine besonderen Erfolge; die dänischen Sozialdemokraten waren wegen ihres grundsätzlichen Standpunktes in der Südschleswig-Frage, aufgrund innenpolitischer Erwägungen und wohl auch aus Rücksicht gegenüber der SPD nicht bestrebt, bei der SPF Hoffnungen auf mögliche Grenzveränderungen, z.B. in Form einer Loslösung Flensburgs und Umgebung, hervorzurufen. Die SPF wurde als Irritationsmoment bei den Versuchen der dänischen Sozialdemokraten betrachtet, eine deutsch-dänische Entspannung zu erreichen.

1948/49 schied die schleswig-holsteinische SPD aus der gemeinsamen Front der deutschen Parteien gegenüber der dänischen Minderheit in Südschleswig aus. Man war zu der Auffassung gelangt, daß die Zeit des Grenzkampfes vorüber sei und daß von der dänischen Minderheit, deren Rückgang sich bereits abzuzeichnen begann, keine Gefahren mehr ausgingen. Die SPD-Führung versuchte, durch eine minderheitenfreundlichere Haltung die Flensburger Sozialdemokraten wieder in die Partei zu integrieren. Die nationalen Spannungen hatten auch die SPD geschwächt, zumal

die SPD und die Kandidaten des SSV/SSW annähernd um das gleiche Wählerpotential konkurrierten. Hinzu kam schließlich, daß eine Konfrontationspolitik gegenüber der dänischen Minderheit und der SPF die Bemühungen der SPD behinderte, die traditionellen Kontakte zur dänischen Sozialdemokratie zu erneuern. Nachdem die SPD 1950 im Landtag in die Opposition gehen mußte, wurde das Minderheitenproblem ein willkommenes Markenzeichen für die sozialdemokratische Politik, zumal die folgenden bürgerlichen Koalitionsregierungen unter den Ministerpräsidenten Bartram (1950-51) und Lübke (1951-54) eine harte Linie gegenüber der Minderheit verfolgten.

Durch die Umorientierung der SPD und die stark verringerte Möglichkeit einer engeren Verbindung zwischen dem Landesteil Schleswig und Dänemark nach 1948/49 gab es für die SPF kaum noch eine Existenzgrundlage. In den folgenden Jahren näherte sich die SPF kontinuierlich der SPD, zumal ein Teil ihrer Anhänger bereits zum SSW übergegangen war. Resultat war die Wiedervereinigung der SPF mit der SPD im Jahre 1954.¹³

War die kulturelle und politische Führung der dänischen Minderheit vor 1945 eher bürgerlich geprägt, so wurde historisch gesehen die Arbeitnehmerschaft und -wenn man so will- das sozialdemokratische Element in der dänischen Minderheit in den Jahren nach 1945 gestärkt und gelangte zu einem bis heute fortgeltenden entscheidenden Einfluß innerhalb des SSW.

6. *DIE PHASE DER NATIONALPOLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNGEN 1945-55*

Die erste Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. April 1947 trug im Landesteil Schleswig den Charakter einer Volksabstimmung und bildete zugleich den Höhepunkt der dänischen Bewegung. Anders als heute lag die Wahlbeteiligung nördlich der Eider mit 74,3 % deutlich höher als in Holstein (68,3 %). Auf die Kandidaten des Südschleswigschen Vereins entfielen 99.500 Stimmen, was einem Stimmenanteil von 33,5 % im Landesteil Schleswig und 9,3 % in Schleswig-Holstein entsprach. Das beste Einzelergebnis erzielte der SSV mit 60,7 % der Stimmen in der Stadt Flensburg. Waren in den ersten beiden, von der britischen Militärregierung ernannten Landtagen zwei bzw. vier Repräsentanten des SSV vertreten, so rückten nun sechs Abgeordnete der dä-

nischorientierten Südschleswiger in den Landtag ein-zwei davon durch Direktwahl in den beiden Flensburger Wahlkreisen.

Der Charakter des Südschleswigschen Vereins in den Jahren nach 1945 als organisatorisches Zentrum einer breiten südschleswigschen Heimatbewegung wird durch den unterschiedlichen sozialen Hintergrund der sechs Abgeordneten verdeutlicht. Als Vertreter des Arbeiterflügels der „alten“ dänischen Minderheit gilt der Schmied Samuel Münchow, der bereits in der Weimarer Republik Ratsherr in Flensburg und 1945 Vorsitzender des „Südschleswigschen Vereins“ gewesen war. Eisenbahninspektor und Bürgermeister der Stadt Schleswig, Hermann Clausen, und der in der SPF organisierte Geschäftsführer Hermann Olson waren „von Hause aus“ Sozialdemokraten, die sich nach 1945 der dänischen Minderheit angeschlossen hatten. Redakteur Johannes Oldsen war Vorsitzender des dänischorientierten „Vereins nationaler Friesen“. Sparkassendirektor und Friese Berthold Bahnsen aus Leck, der bis zu seinem Tode 1971 den SSW im Landtag vertreten hat, und Victor Graf Reventlow-Criminil, Bürgermeister in Glücksburg, waren hingegen eher bürgerlicher Observanz, (s. Tabelle 3).

Nach schwierigen, von der dänischen und der britischen Regierung unterstützten Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Landesregierung und Vertretern der dänischen Minderheit wurden am 7. Juli 1949 die Verhandlungen über die „Kieler Erklärung“ abgeschlossen. Die Regierungsumbildung am 29. August 1949, nach der Bruno Diekmann Hermann Lüdemann als Ministerpräsidenten ablöste, wird dabei ebenso als Ausdruck des Wandels in der sozialdemokratischen Südschleswig-Politik gewertet wie die Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949, bei der die Sozialdemokraten eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, um ein dänisches Direktmandat in Flensburg zu verhindern, ablehnten.

Trotz eines Stimmenrückganges gegenüber der Landtagswahl 1947 konnte der SSW mit 75.388 Stimmen, was einem Stimmenanteil von 5,4 % in Schleswig-Holstein entsprach, über die Landesliste Hermann Clausen in den Bundestag entsenden.

Der Landtag billigte die „Kieler Erklärung“, lediglich zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Einer von ihnen war der spätere Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke, der die „Kieler Erklärung“ für „verfrüht“ hielt.¹⁴ Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten

ging die Politik der bürgerlichen Grenzlandpolitiker weiterhin davon aus, daß eine Entpolitisierung und Reduzierung der dänischen Minderheit erforderlich sei, da die dänische Kulturoffensive andauere und die deutsche Grenzlandbevölkerung demgegenüber materiell und ideell gestärkt werden müsse.

Entgegen der Zusicherung der Bekenntnisfreiheit hielten diese Kreise an einer Unterscheidung zwischen der „echten“ und der „unechten“ Minderheit fest und verlangten darüber hinaus eine Loyalitätserklärung von Seiten der dänischen Minderheit. Dieses distanzierte Verhältnis bürgerlicher Politiker zu dem Ergebnis der Minderheitenverhandlungen führte dazu, daß die dänische Regierung versuchte, die Bundesregierung zu einer offiziellen Bestätigung der „Kieler Erklärung“ zu veranlassen. Hierzu war die Bundesregierung aber nicht ohne weiteres bereit, es sei denn, die dänische Regierung stimmte auch Besprechungen über die Lage der deutschen Minderheit in Nordschleswig zu.

Daß die Kieler Erklärung nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnte, lag an der politischen Entwicklung der nächsten Jahre in Schleswig-Holstein. Bei der Landtagswahl am 9. Juli 1950 verlor die SPD ihre Mehrheit und mußte ebenso wie die CDU deutliche Stimmenverluste hinnehmen.

Der Südschleswigsche Wählerverband erhielt 71.864 Stimmen im Landesteil Schleswig, die einem Stimmenanteil von 5,5 % in Schleswig-Holstein und vier Sitzen entsprachen. Der SSW hatte damit gegenüber der Bundestagswahl 1949 3.500 Stimmen und gegenüber der Landtagswahl 1947 fast 28.000 Stimmen und zwei Mandate verloren (Tab. 2), konnte jedoch seine beiden Direktmandate in Flensburg halten. Nach schwierigen Verhandlungen wurde eine Koalitionsregierung zwischen den drei bürgerlichen Parteien, die bereits als „Deutscher Wahlblock“ zusammengearbeitet hatten, und dem BHE gebildet unter der Führung von Walter Bartram (CDU). Nach Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition löste im Juni 1951 Friedrich Wilhelm Lübke (CDU) Bartram als Ministerpräsidenten ab.

Das Kabinett Lübke verfolgte in der Grenzpolitik konsequent eine harte Linie gegenüber der dänischen Minderheit und versuchte zugleich durch Druck auf die dänischen Südschleswiger eine offizielle Verknüpfung der Minderheitenprobleme beiderseits der Grenze zu erreichen. Lübkes Ziel war die Entpolitisierung der

dänischorientierten Bewegung, die Reduzierung der Minderheit auf ihren „echten“ Kern und die Rückgewinnung der zur Minderheit „übergewechselten Deutschen“, sowie die Durchsetzung des Gegenseitigkeitsprinzips in der Minderheitenpolitik.

Diese verschärfte Haltung der Landesregierung, die von dänischer Seite häufig als „Politik der Nadelstiche“ bezeichnet wurde, äußerte sich unter anderem in zahlreichen lokalen Verstößen gegen die „Kieler Erklärung“.¹⁵ Das markanteste Beispiel war das Verfahren gegen den damaligen Lehrer in Schafflund bei Flensburg, Karl Otto Meyer, der später Chefredakteur von „Flensburg Avis“ und 1971 Repräsentant des SSW im Kieler Landtag wurde. Meyer hatte sich im Januar 1952, auf dem Höhepunkt der Debatte über eine westdeutsche Wiederbewaffnung, auf einer Veranstaltung im dänischen Sønderborg kritisch gegenüber einer westdeutschen Wiederbewaffnung geäußert. Daraufhin entzog das schleswig-holsteinische Kultusministerium, dem zu diesem Zeitpunkt noch das dänische Schulwesen unterstellt war, Meyer die Unterrichtserlaubnis.¹⁶ Im Rahmen der Bestrebungen, die dänische Minderheit auf ihren „echten“ Kern zu reduzieren, muß auch das neue Wahlgesetz interpretiert werden, das die bürgerliche Regierungskoalition am 10. Oktober 1951 im Schleswig-Holsteinischen Landtag durchsetzte. Danach wurde die Sperrklausel von 5 % auf 7,5 % heraufgesetzt. Während die Landesregierung diesen Schritt mit dem Hinweis auf die Splitterparteien begründete, sah die dänische Minderheit hierin eine gezielte Maßnahme gegen den SSW.

Nach einer Verfassungsklage der dänischen Minderheit erklärte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 5. April 1952 die 7,5 %-Klauselbestimmung wegen Verstoßes gegen die Landesatzung und Artikel 3 des Grundgesetzes für verfassungswidrig. Nach der Urteilsbegründung stellte der SSW keine Splitterpartei dar, sondern die Vertretung einer nationalen Minderheit. Die besondere Situation im Landesteil Schleswig müsse beachtet werden. Es gebe in Schleswig-Holstein keine „besonderen zwingenden Gründe“, das 1950 eingeführte Quorum von 5 % nach einem Jahr auf 7,5 % zu erhöhen. Der schleswig-holsteinische Gesetzgeber habe hier „das zulässige Maß der Modifikation der Gleichheit“ überschritten. Am 5. November 1952 führte der Landtag die 5 %-Sperrklausel wieder ein.

Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 verlor der SSW

gleichwohl sein Bundestagsmandat. Die dänische Stimmzahl war auf 44.585 zurückgegangen, was einem Stimmenanteil von 3,5 % in Schleswig-Holstein entsprach. Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigte zugleich, daß der SSW bei der Landtagswahl im Herbst 1954 nicht mehr damit rechnen konnte, die erforderlichen 5 % der Stimmen in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Mit Unterstützung der Sozialdemokraten versuchte der SSW, eine Änderung im Landeswahlrecht zu erreichen; im April lehnte die bürgerliche Regierungskoalition den Antrag des SSW ab, die 5 %-Klausel für die dänische Minderheit auf den Landesteil Schleswig zu beschränken. Lübke forderte als Gegenleistung für eventuelle Konzessionen eine Loyalitätserklärung der dänischen Minderheit, auch befürchtete er, daß es durch ein mögliches Zusammengehen von SPD und SSW zu einem Regierungswechsel kommen könnte.¹⁷ Eine erneute Verfassungsklage des SSW blieb ohne Erfolg, das Karlsruher Urteil bescheinigte der Landesregierung daß die 5 %-Klausel nicht verfassungswidrig sei.¹⁸ Nachdem die Landesregierung, die beiden Flensburger Wahlkreise geändert hatte, bestand für den SSW ebenfalls keine Möglichkeit mehr, Direktmandate zu erzielen. Darüber hinaus löste sich wenige Monate vor der Landtagswahl 1954 die „Sozialdemokratische Partei Flensburg“ auf, die bisher mit dem SSW zusammengearbeitet hatte.

Mit 42.242 Stimmen im Landesteil Schleswig erzielte der Südschleswigsche Wählerverband bei der Landtagswahl 1954 einen Stimmenanteil von 3,5 % in Schleswig-Holstein. Nach dem Verhältniswahlrecht wären damit auf den SSW 3 Mandate entfallen, doch aufgrund der 5 %-Klausel gelang dem SSW nicht der Einzug in den Landtag; im Wahlkreis Flensburg-West fehlten 550 Stimmen für ein Direktmandat.

Im Laufe eines Jahres hatte die dänische Minderheit ihre parlamentarische Repräsentation in Bonn und Kiel verloren. Während ein Vertreter der deutschen Minderheit mit 9.721 Stimmen im dänischen Folketing saß, war die dänische Minderheit mit 42.242 Stimmen nicht im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertreten. Diese Situation verursachte eine heftige in- und ausländische Kritik an der oft als minderheitenfeindlich bezeichneten Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Die Hauptforderungen der dänischen Minderheit waren eine langfristige Sicherung der parlamentarischen Vertretung des SSW im Landtag durch eine

Ausnahmeregelung von der 5 %-Klausel sowie die Teilnahme des SSW an der politischen Willensbildung durch die Schaffung einer Übergangslösung bis zur Landtags wähl 1958.

Unter dem Druck Adenauers fanden Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem SSW in Kiel statt, und im Bundestag brachte die SPD-Opposition das Problem einer dänischen Repräsentation in Kiel auf die Tagesordnung. Doch die Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem SSW kamen im Januar 1955 zum Stillstand, weil die Landesregierung den Forderungen des SSW nach einer parlamentarischen Übergangslösung bis zur nächsten Landtagswahl und Garantien für den Wegfall der 5 %-Sperrklausel für die dänische Minderheit nicht nachkommen wollte. In Kopenhagen wurde daraufhin die Ratifikationsdebatte im Folketing über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO ausgesetzt; Dänemark machte seine Zustimmung von einer grenzpolitischen Entspannung abhängig. Am 2. Februar 1955 bot Bonn neue Verhandlungen über die Rechte der Minderheiten an. Der Ausgangspunkt war der Streit um die Sperrklausel im schleswig-holsteinischen Wahlgesetz, und von einem Minderheiten*abkommen* war nicht mehr die Rede. Auf dieser Grundlage fanden in Kopenhagen Verhandlungen statt, die am 29. März 1955 mit den sogenannten „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ ihren Abschluß fanden.

Nicht verhandlungsfähige Themen (Loyalitätserklärung, Selbstbestimmungsrecht) waren aus den Verhandlungen ausgeklammert worden. Die Grenze selbst war nicht mehr Gesprächsgegenstand, sondern allein der Schutz der Minderheiten beiderseits der Grenze, die damit unausgesprochen unstrittig geworden war. Die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen leiteten eine neue, konstruktivere Phase der Auseinandersetzungen im Grenzraum ein, mit der eine gewisse „Entpolitisierung der Auseinandersetzungen“¹⁹ und eine „Pazifizierung der Minderheiten“²⁰ einherging, deren Politik sich nicht mehr gegen einen der beiden Staaten richtete. Die Reaktion der dänischen Minderheit auf die Bonner Erklärung kann am besten als „abwartende Genugtuung“ charakterisiert werden. Der Wert der Erklärung wurde so beurteilt: „Es kommt nicht auf ihren Wortlaut an, sondern auf den guten Willen, der darin zum Ausdruck kommt und auf die Bereitschaft aller Beteiligten, diesem guten Willen in der Praxis des Alltags nachzule-

ben und Wirkung zu geben“.²¹

7. PROGRAMMATIK UND WÄHLERSCHAFT DES SSW IM NACHKRIEGSJAHRZEHT

In dem Programm, das am 5.8.1948 von der britischen Militärregierung anerkannt wurde, bezeichnet sich der SSW „Heimatverband, in dem alle Bevölkerungskreise vertreten sind. Der Verband setzt sich für Frieden und Freiheit und für die schleswigsche Heimat ein“.²²

Das Programm enthält zwölf Leitsätze, die sowohl alte politische Forderungen der dänischen Minderheit als auch allgemeine demokratische Normen umschreiben:

1. Es wird die Trennung Südschleswigs von Holstein und die Errichtung eines besonderen Landes Südschleswig innerhalb der britischen Besatzungszone gefordert. Nur so könne die Eigenart der Heimat bewahrt und den Südschleswigern die Möglichkeit zum Wiederaufbau und zur Verwaltung ihres Landes gegeben werden.
2. Gewährung der allgemeinen demokratischen Freiheitsrechte für alle Bürger. Die Gedanken der Massenlenkung und des blinden Gehorsams müßten energisch bekämpft werden.
3. Unabhängigkeit des Richterstandes und der Rechtsprechung.
4. Gleichheit und Geheimhaltung jeder Wahl. In die Wahlordnung seien die berechtigten Interessen kleiner Gruppen aufzunehmen.
5. Träger der von unten her aufzubauenden Verwaltung müsse das Volk durch seine gewählten Vertreter sein. Den Kreisen und Gemeinden sei weitestgehend Selbstverwaltung zu gewähren und „der im autoritären Denken befangene Zentralisierungsgeist“ müsse bekämpft werden.
6. Bindung der Beamten an die Beschlüsse der gewählten Vertretungen bei gleichzeitiger Gesinnungs- und Vereinigungsfreiheit.
7. Die öffentlichen Haushalte sollten durch Reduzierung des überbesetzten Verwaltungsapparates entlastet werden. Die Steuerlast sei der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anzupassen.
8. Aufbau des Kulturlebens in Südschleswig auf der Grundlage der Freiheit und Gleichberechtigung der drei Sprachen und Kulturen des Landes (dänisch, friesisch und deutsch). Die el-

- terliche Gewalt und ihre Bestimmungen über die schulische Erziehung der Kinder müsse frei sein. Es wird eine außerschulische Fortbildung der Jugend auf allen Gebieten zur Beseitigung des verheerenden Einflusses der Nazizeit gefordert.
9. Verbot von Kartellen, Trusts und jeglicher Kriegsindustrie. Es wird eine freie und vielseitige Entwicklung der südschleswigschen Wirtschaft, des Handels und des Handwerks durch Abschaffung aller zwangswirtschaftlichen Maßnahmen und durch Förderung des Verkehrswesens gefordert. Besonderer Wert wird auf die Modernisierung der Landwirtschaft gelegt.
 10. Die Sozialpolitik müsse folgende Aspekte berücksichtigen:
 - a) Beschaffung von Arbeitsplätzen für alle Arbeitsfähigen, sowie Förderung der Beschäftigung der körperlich Behinderten nach ihrer Leistungsfähigkeit.
 - b) Wirtschaftliche Sicherung derjenigen, die unverschuldet ohne Arbeit geblieben sind.
 - c) Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung.
 - d) Förderung des Wohnungsbaus.
 - e) Ausbau des Gesundheitswesens und der Säuglingsfürsorge.
 - f) Ausbau der Kranken- und Invalidenversicherung.
 - g) Verbesserung der allgemeinen Volksfürsorge, wobei unter anderem die Alten, die elternlosen Kinder und die Kriegsverehrten wirtschaftlich gesichert werden müssen.
 11. Es müsse alles zur Förderung von Energie und Glauben der Bevölkerung an eine bessere Zukunft getan werden.
 12. Südschleswigs Gegenwart und Zukunft müsse nach dem Willen der südschleswigschen Bevölkerung gestaltet werden. Dazu gehöre vordringlich die Lösung der Flüchtlingsfrage durch ihre Umsiedlung. Andernfalls sei eine Verbesserung der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande unmöglich. Solange das Verbleiben der Flüchtlinge nicht geklärt sei, solle ihnen ein menschenwürdiges Dasein geboten werden.

Kern dieses Programms ist die Forderung nach Abtrennung Schlesiens von Holstein und Errichtung eines besonderen Landes Südschleswig innerhalb der britischen Besatzungszone. Trotz dieser eindeutig separatistischen Aussage wurde nicht mehr von einer Loslösung von Deutschland und internationaler Kontrolle

gesprochen; erst diese veränderte Form der Forderung auf Lösung Schleswigs von Holstein ermöglichte ja die Anerkennung des SSW-Programms durch die britischen Militärbehörden. Viele Punkte des Programmes ähneln Artikeln des Grundgesetzes der Bundesrepublik und entsprechen politischen Forderungen der Zeit nach Freiheit, Demokratie und sozialem Wohlstand. Hervorzuheben sind die Forderungen nach kommunaler Selbstverwaltung und Dezentralisierung sowie einem Verbot jeder Massenbeeinflussung und -lenkung.

Eine besondere Betonung des SSW-Programms von 1948 liegt jedoch auf sozialpolitischen Problemen und der Forderung nach einer Besserstellung der sozial schwachen Bevölkerungsteile. Dies läßt die Zielrichtung des Programms vor allem unter diesen Bevölkerungsgruppen erkennen, deren Bedürfnis nach sozialer Sicherheit die sozialpolitischen Thesen in starkem Maße entgegengekommen sein dürften.

Auf die Hintergründe des rapiden Anwachsens der dänischen Minderheit nach 1945 ist bereits eingegangen worden. Daher soll im folgenden auch nicht darüber spekuliert werden, ob der Wahlerfolg des SSV/SSW insbesondere bei der Landtagswahl 1947 primär nationale, wirtschaftliche oder soziale Gründe hatte. Unter Einbeziehung der existierenden Wahluntersuchungen soll hingegen versucht werden, einige geographische, wirtschaftliche und soziale Charakteristika der SSW-Wählerschaft aufzuzeigen und herauszustellen, in welchen Milieus die dänische Bewegung nach 1947 am stärksten zurückgegangen ist.

Da der dänischorientierte Stimmenanteil sich nur auf den Landesteil Schleswig konzentriert, gibt erst ein Vergleich in diesem Raum allein den richtigen Maßstab. 33,5 % aller gültigen Stimmen entfielen hier bei der Landtagswahl 1947 auf den Südschleswigschen Verein. Der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge an der Bevölkerung betrug Ende 1946 37 %. Gerhard Isbary hat unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wahlbeteiligung und der Annahme, daß nur Einheimische für den SSV gestimmt haben, errechnet, daß 55,1 % aller gültigen Stimmen der Einheimischen 1947 im Landesteil Schleswig für den SSV abgegeben worden sind.

Die Gebiete nahezu geschlossener dänischer Mehrheiten unter den einheimischen gültigen Stimmen entsprachen in etwa der 2.

Zone bei der Volksabstimmung 1920. Am auffälligsten ist jedoch, daß alle Städte und Flecken mit wenigen Ausnahmen SSV-Mehrheiten unter den Einheimischen aufweisen. Tabelle 4 verdeutlicht, daß die Entscheidung der Einheimischen für den SSV parallel verläuft mit der funktionalen Gliederung der Gemeinden. Hierbei und bei der weiteren Interpretation der Charakteristika der SSV-Wählerschaft sind die drei wesentlichen Ausgangspunkte der dänischen Bewegung nach 1945 zu berücksichtigen:

Eiderstedt die stärkeren Regionen des SSV waren und bis heute noch sind. Die existierenden Wahluntersuchungen und Interpretationen der SSV-Stimmen kommen zu der Einschätzung, daß die Wahlentscheidung für den SSV keinem nationalen Bekenntnis entsprochen habe, sondern ausschließlich an unbefriedigende soziale und wirtschaftliche Verhältnisse gebunden gewesen sei.²³ Diese Interpretation der abgegebenen Stimmen erscheint jedoch etwas zu vordergründig. Selbst wenn man davon ausginge, daß die SSV-Stimmen Proteststimmen und die Stimmen für deutsche Parteien „zufriedene“ Stimmen waren, so hängt die Beantwortung der Frage, wogegen sich der Protest richtete, ganz von den Intentionen des Interpreten ab. Hier wird einmal mehr die Problematik deutlich, daß die Motive der Wähler und insbesondere der Nichtwähler für ihr Stimmverhalten schwerlich ergündet werden können (auch die heute üblichen Befragungen dürften eher mit Vorsicht zu genießen sein). Anhand einer ökologischen Analyse von Wahlstatistiken kann lediglich festgestellt werden, *wie* bestimmte Bevölkerungsgruppen gewählt haben, nicht jedoch *warum*.²⁴

Die Entwicklungsgeschichte des SSV als Partei der dänischorientierten Bevölkerungsgruppe im Landesteil Schleswig läßt sich in drei Phasen einteilen. Die Phase der nationalpolitischen Auseinandersetzungen fand mit der eher symbolischen Bonner Erklärung aus dem Jahre 1955 ihren Abschluß. Mit der zunehmenden Integration und Neuorientierung des SSV (1955-71) vor dem Hintergrund des Stimmenrückgangs sowie der dritten Phase der Stabilisierung und zunehmenden Entwicklung in Richtung einer Regionalpartei nach 1971 beschäftigt sich der zweite Teil dieses Beitrages im nächsten Heft.

ANMERKUNGEN:

- 1 *Raning Krueger*: Entstehung, Entwicklung und Wandel des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) 1945-1983. Berlin 1984 (masch. Diplomarbeit). (Bei der Dänischen Zentralbibliothek in Flensburg oder beim Verfasser erhältlich).
- 2 Einen Überblick über die schleswig-holsteinische Geschichte vermitteln u.a.: *Otto Brandt/ Wilhelm Klüver*: Geschichte Schleswig-Holstein, Kiel 1976; *Troels Fink*: Geschichte des schleswigschen Grenzlandes, Kopenhagen 1958; *Lorenz Rerup*: Slesvig og Holsten efter 1830. Danmarks Historie, København 1982; *Alexander Scharff*: Schleswig-Holsteinische Geschichte. Ein Überblick. Neuauflage von *Manfred Jensen-Klingenberg*, Würzburg 1984.
- 3 Es lassen sich im deutsch-dänischen Grenzraum a) keine ethnischen Merkmale finden, die die Angehörigen der Minderheit von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet, b) existieren auch keine religiösen Unterscheidungsmerkmale, da in der überwiegenden Mehrzahl sowohl die Einwohner Dänemarks als auch Schleswig-Holsteins dem evangelisch-lutherischen Glauben angehören, und c) bietet die Sprache als das wohl am häufigsten in Nationalitätenfragen auftretende Kriterium im Falle der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum ebenfalls keinen ausreichenden Anhaltspunkt für eine Differenzierung von Mehrheiten und Minderheiten. Amts- und Geschäftssprache sind Hochdeutsch bzw. Reichsdänisch, allgemeine Umgangssprachen zum Teil auch heute noch das „Plattdeutsche“ bzw. „Plattdänische“. Diese sprachliche Vielfalt, zu der noch der vereinzelt Gebrauch der friesischen Sprache im Westen des Landesteils Schleswig hinzukommt, läßt sich nur aus der Geschichte der Region erklären. Viele Schleswiger und nahezu alle Bewohner, die sich einer Minderheit zurechnen, sind mehrsprachig, wobei die Benutzung der jeweiligen Sprache oder des Dialekts je nach Gelegenheit und Milieu variiert. Es handelt sich bei den Minderheiten in Schleswig demnach nicht um Sprachminderheiten im engeren Sinne.
- 4 Zur Situation der dänischen Minderheit unter dem Nationalsozialismus liegt eine Analyse vor von *Carsten R. Mogensen*: Dansk i hagekorsets skygge. Det danske mindretal i Sydslesvig 1933-1939, Flensburg 1981. -Hingewiesen sei auch auf die neuere Arbeit von *Johan Peter Noack*, Det danske mindretal i Sydslesvig 1920 -1945, 2 Bde Aabenraa 1989 (siehe GFH 1/1990, S. 53 ff.).
- 5 In der Stadt Flensburg betrug der Anteil der dänischen Stimmen unter den Einheimischen sogar 85 %. Vgl. *Gerhard Isbary*: Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schlesiens, Bad Godesberg 1960, S. 7 und 11. Zur Kritik an dieser Argumentation und der Schwie-

- rigkeit, anhand der vorliegenden Daten zwischen einheimischen Wählern und Flüchtlingen zu unterscheiden: *Christian Degn*: Südschleswig als Problemregion, in: Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte.
- 6 Vgl. u.a.: Henvendelse fra flensborgske arbejdere til det danske Socialdemokrati den 8. Juni 1945, in: *Sydslesvigsk Dagbog*, Kpbhavn 1947-48, Bd. I, Nr. 45, S. 14. Andragende fra repraesentanter for den sydslesvigske befolkning til Feltmarskal Montgomery, Flensborg, September 1945, in: *Aktstykker vedrørende det sydslesvigske spørgsmaal*, København 1947-1950, Beilage b. zu Nr. 33, S. 73ff.
 - 7 Eine detaillierte Analyse der Faktoren, die für die Ausformung der dänischen Südschleswig-Politik bestimmend waren, findet sich in *Bjarne W. Frederiksen*: Danmarks Sydslesvigpolitik efter det tyske sammenbrud i 1945, København 1971.
 - 8 *Anders Ture Lindström*: Landet Slesvig-Holstens politiske historie i hovedtraek 1945-1954, Flensborg 1975. *Kurt Jürgensen*: Die Gründung des Landes Schleswig- Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 8, Beiheft, Neumünster 1969. Die Sichtweise erweitern *Johan Peter Noack* und *Frants Thygesen* in: *Die britische Südschleswig-Politik 1945/49*. Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Neue Folge 70.
 - 9 Zur Bedeutung der Kieler Erklärung siehe auch *Kurt Hamer*, in: Grenzfriedenshefte Nr. 1/1985, S.5-12. Kurt Hamer war nicht nur eine der herausragendsten Persönlichkeiten in der schleswig-holsteinischen Landespolitik der 70er und 80er Jahre, auch konnte er sein Engagement für die Minderheiten im schleswigschen Grenzland als Minderheitenbeauftragter des Ministerpräsidenten Engholm zum Wohle von Deutschen, Dänen und Friesen einsetzen. Siehe auch *Kurt Hamer*: Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzraum, in: *Grenzfriedenshefte* Nr. 2/1984, S. 67-77.
 - 10 *Hans Friedrich Schutt/Gerhard Vaagt*: Die Zeit der nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 3/1975, S. 135; *Hans Friedrich Schütt u.a.*: „Slesvigismus“, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 1/1981, S. 51f.; *Peter Hopp/Manfred Jessen - Klingenberg/Jörn-Peter Leppien*: Die nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 1/1976, S. 21 ff.; *Anders Ture Lindström*: a.a.O., S. 47ff.; *Lorenz Rerup*: Grasnsen. Fra grænsekamp til sameksistens, Albertslund 1969, S. 21 ff. *Wilfried Lagler*, S. 21; *Karl-Friedrich Nonnenbroich*, S. 175; *Gerhard Isbary*, S. 44f.; *Lorenz Rerup*, S. 46f. *Julius Feddersen*, S. 58; *Georg Koes Broendsted (Hrsg.)*, Bd. 5, S. 719ff. Über die tatsächliche von einem Bekenntnis zum Dänentum unabhängige humanitäre Hilfe Dänemarks siehe *Gabriele Stüber*: Der Kampf gegen den

Hunger 1945-50, Neumünster 1984.

- 11 Diese Begründung wird besonders deutlich bei *Fiermann Clausen: Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig, Flensburg* 1966. Clausen, sozialdemokratischer Kommunalpolitiker und Bürgermeister in Schleswig, wandte sich 1946, nachdem eine dänischorientierte sozialdemokratische Partei in Flensburg - die Sozialdemokratische Partei Flensburg (SPF) - von der Besatzungsregierung genehmigt, deren Ausdehnung auf den Landesteil Schleswig aber abgelehnt wurde, der dänischen Minderheit zu. Er wurde später Vorsitzender des SSW und vertrat die Partei von 1946 bis 1949 im Schleswig-Holsteinischen Landtag und von 1949 bis 1953 im Bundestag. Hinzukommen mag die - beim SSW noch heute getragene - Kritik am traditionellen Zentralismus der deutschen Sozialdemokratie, die sich gerade angesichts der jüngeren Entwicklung innerhalb der EG wieder zeigt.
- 12 Die umfangreichen Schriftwechsel sind dokumentiert in der Quellensammlung *Aktstykker vedrørende det sydslesvigske spørgsmaal*. (Hrsg.: Udenrigsministeriet). Bde I—III, Kpbhavn 1947-1950.
- 13 Zur SPF *Karl-Friedrich Nonnenbroich: Der Nationalismus Kurt Schumachers und die Spaltung der Flensburger Arbeiterbewegung 1945 - 1954*, in: *Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus*, Sankelmark 1976, S. 78 - 91; zum Verhältnis der dänischorientierten Sozialdemokraten und der SPD siehe weiterhin *Anders Ture Lindstroem: a.a.O., S. 60ff. und S. 153ff.*; *Nils Vollertsen: SPD, socialdemokratiet og det danske mindretal. En Studie om de danskorienteredesocialdemokrateri Sydslesvig 1945-1954*, Odense 1983, *Peter Hansen Petersen: Sozialdemokratie und Schleswig-Frage*, S. 115ff. Wenngleich bei den Veröffentlichungen von *W.L.Christiansen* - Gründungsmitglied der SPF - die persönlichen Erinnerungen dominieren, so bringt sein für angekündigtes 1991 Buch über „die kleinste sozialdemokratische Partei der Welt“ weitere Informationen zu diesem interessanten Kapitel der Grenzlandgeschichte: *Mit brogede politiske liv*, Padborg 1990 (siehe auch GFH 1/1991, S. 63ff.).
- 14 Vgl. *Julius Feddersen: a.a.O., S. 256*; auch *Erich Hoffmann* gelingt es nicht, F.W.Lübkes Minderheitenpolitik im Nachhinein in ein positiveres Licht zu stellen: F.W. Lübke, in: *Der Landkreis Flensburg 1867-1974, Teil 1. Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e.V., Nr. 30, S. 263-280*.
- 15 *Lorenz Rerup* nennt als Beispiel die Entfernung von dänischorientierten Beamten aus Behörden, Verzögerungen bei der Genehmigung neuer Schulen, Grundstückskäufen dänischer Institutionen und Vereine bis hin zu Eingriffen in das Erziehungsrecht, etwa in Scheidungsfragen. Weiterhin liefern zahlreiche Klagen, wonach Privatpersonen

- unter wirtschaftlichen Druck gesetzt wurden, Verweigerung von Hinterbliebenenrenten u.ä., wenn die Kinder zur Ausbildung in Dänemark waren etc., vgl. *Lorenz Rerup*: Graensen, S.12f.
- 16 Zum „Fall K.O. Meyer“ siehe *Anders Ture Lindström*: a.a.O., S. 146f. Gewissermaßen selbst als Betroffener eines „Berufsverbotes“ - lange bevor der Ausdruck gebräuchlich wurde - hat sich Karl Otto Meyer nach 1971 im Landtag wiederholt gegen die Praxis des „Berufsverbotes“ gewendet. Dem Rechtshistoriker *Klaus Bästlein* ist es gelungen, die Aktenvermerke zum „Fall Karl Otto Meyer“ in den Archiven ausfindig zu machen und sie dem SSW-Landtagsabgeordneten, der im Jahre 1991 zum Vorsitzenden der parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages gewählt wurde, zu dessen 63. Geburtstag zu überreichen. (Siehe dazu den Umschau-Beitrag in diesem Grenzfriedensheft).
 - 17 Vgl. *Wilfried Lagler*: a.a.O., S. 51.
 - 18 Zum Ringen des SSW um die Sicherung der parlamentarischen Vertretung und den Verfassungsstreit siehe *Julius Feddersen*: a.a.O., S. 379ff.
 - 19 *Wilfried Lagler*: a.a.O., S. 103
 - 20 *Troels Fink*: Die schleswigschen Grenzregionen, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 1/1977, S. 29,
 - 21 Vgl. *Paul Hertrampf* Landessekretär des SSW, 1980: 25 Jahre Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen. Was haben die Erklärungen für die Minderheiten bewirkt. Was bedeuten sie für die Zukunft der Minderheiten?, in: *Karl Friedrich Nonnenbroich (Hrsg.): 1955 - 1980, a.a.O., S. 39.* - Anlässlich des 30. Jahrestages haben Sydslesvigsk Forening und der Bund Deutscher Nordschleswiger eine Broschüre herausgegeben: Bonn-Erklärungen/Bonner Erklärung 1955-85, Flensburg/Aabenraa 1985.
 - 22 Eine deutsche Übersetzung des Originaltextes des SSW-Programms vom 25.5.1948 findet sich in *Eberhard Jäckel*: Die Schleswig-Frage seit 1945. Dokumente zur Rechtsstellung der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze. Frankfurt a.M./Berlin 1959, S.111ff.
 - 23 *Gerhard Isbary*: Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schlewigs, Bad Godesberg 1960. Isbarys Interpretation folgt auch *Karl-Friedrich Nonnenbroich*: a.a.O. Desweiteren *Joachim Sasse*: Die Entwicklung der dänischen Stimmen in Schleswig-Holstein, in: *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*, Kiel 1949, Sonderheft B.
 - 24 Durch bescheidenere Ambitionen zeichnet sich die Abhandlung von *Anders Aarup Pedersen* aus: En økologisk analyse af SSV's styrke ved landdagsvalgene i Sydslesvig i 1947, 1958, 1962 og 1967, Institut for Statskundskab, Aarhus Universitet 1973. Sporadische Berücksich-

tigung findet der SSW bei *Heinz Sahner*, der in erster Linie die Landtagswahl 1967 und den NPD-Wahlerfolg untersucht: Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein, Meisenheim 1972, S.89.

NORDSCHLESWIG-INFORMATIONSAFARTEN FINDEN WEITERHIN VIEL ZUSPRUCH

SSV-Vorsitzender Heinrich Schultz auf Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes: Künftig noch weitere Verbesserungen für die dänische Minderheit erreichbar

Der Nordschleswiger, 17.5.1991

BREDSTEDT. Neben Mitgliedern, Vertretern aus der Politik und von den drei anderen deutschen Grenzverbänden konnte Vorsitzender Artur Thomsen, Flensburg, auf der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes, die kürzlich in Bredstedt stattfand, auch den neuen Grenzlandbeauftragten des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, Kurt Schulz (SPD), Eckernförde, begrüßen. Dieser übermittelte in seinem Grußwort Grüße des Ministerpräsidenten Björn Engholm und von Kultusministerin Marianne Tidick (SPD). Schulz gab zugleich einen Überblick über seine künftigen Aufgaben.

Thomsen erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1990. Er verwies dabei auf die im Vordergrund stehende sozialpolitische Jugendarbeit. Für mehr als 1.500 Kinder und Jugendliche konnte der Grenzfriedensbund durch seine Zuschüsse die Teilnahme an Schulfahrten und Jugendbegegnungen sicherstellen. Auch die Hilfe für in Not geratene Familien und Einzelpersonen – unter Mitarbeit der Arbeiterwohlfahrt – nahm immer größeren Raum ein. Mit einer großen Zahl von Mitgliedern wurden auch in 1990 wieder Informationsfahrten nach Nordschleswig unternommen. Die Flensburger Mitglieder machten im Spätherbst erneut einen Besuch bei einem Ortsverein des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), diesmal in Rothenkrug. Bei intensiven Gesprächen gab es viele Informationen über die Arbeit der deutschen Schule und der deutschen Vereine vor Ort.

Nach dem Bericht der Kassenprüfer, die eine ordnungsgemäße und sparsame Haushaltsführung bescheinigten, wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Thomsen nahm die Gelegenheit wahr, dem zum 31. Dezember 1990 ausgeschiedenen Geschäftsführer Walter Harenberg für seine fast zehnjährige Tätigkeit für den Grenzfriedensbund zu danken.

Bei den anschließenden Wahlen wurden Rektor a. D. Artur Thomsen als Vorsitzender und Stadtpräsident Lothar Hay (SPD), beide Flensburg, als stellvertretender Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder, die bisher schon dem Vorstand angehörten, wurden erneut gewählt. Neu in den Vorstand kam Dorothea Gutmann, Flensburg.

Im Anschluß an die Regularien hielt der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins, Heinrich Schultz, Garding, ein Referat zu dem Thema „Die dänische

Bevölkerungsgruppe 1991 – Anspruch und Wirklichkeit“. Er unterstich die positive Entwicklung des Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten im Grenzland und brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß es auch in Zukunft möglich sein werde, weitere Verbesserungen für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig zu erreichen. Die Forderung nach einer Verankerung der Minderheitenrechte in einer deutschen Verfassung stand dabei im Vordergrund. Für ebenso wichtig hielt Schultz es, im Rahmen der europäischen Entwicklung auf die Bewahrung minderheitlichen Lebens zu achten. Im übrigen trug er unbefangen und offenherzig bisher unerfüllte Wünsche und Forderungen der dänischen Bevölkerungsgruppe in unserem Landesteil vor. Dabei verwies er im besonderen auf gelegentliche Kontakte im kommunalen Bereich. Der Vorsitzende dankte ihm für seine offenen Worte und empfahl, die allmählich wachsenden Konflikte zwischen Menschen und Organisationen der Mehrheiten und Minderheiten zu verstärken.

KURT SCHULZ NEUER GRENZLANDBEAUFTRAGTER

Nordfriesland, Nr. 93, März 1991, S. 4

Als Nachfolger für den Anfang Januar verstorbenen Kurt Hamer berief Ministerpräsident Björn Engholm am 5. März Kurt Schulz aus Eckernförde zum neuen Grenzlandbeauftragten. Schulz, 1922 geboren, gehörte von 1958 bis 1975 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an, war mehrere Jahre Vorsitzender des Finanzausschusses und von 1971 bis 1975 zugleich Erster Vizepräsident des Landtages. Darüber hinaus hatte er stets weitere Ehrenämter auf Landesebene inne. Von 1969 bis 1987 war er Bürgermeister der Stadt Eckernförde. Erst im August 1990 wurde er zum Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes gewählt, kündigte jedoch an, daß er dieses Amt nach seiner Ernennung zum Grenzlandbeauftragten, die zum 1. Mai wirksam werden soll, aufgeben wird.

Der Grenzlandbeauftragte ist als „freier Mitarbeiter“ des Ministerpräsidenten, so heißt es in der Aufgabenbeschreibung, für Fragen der deutschen und dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe zuständig. Er hält Kontakte zu deren Organisationen und Einrichtungen, beobachtet die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Grenzlandes und berät den Ministerpräsidenten in der Minderheitenpolitik. Zugleich beobachtet er auch die Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene im Bereich der Minderheiten- und Volksgruppenrechte. Das Amt ist mit keiner Vergütung verbunden.

Kurt Schulz sagte, daß er in dem offenen, aufgeschlossenen Sinne seines Vorgängers Weiterarbeiten wolle. Er verwies auf das von Kurt Hamer angeregte „Europäische Zentrum für Minderheitenfragen“, für das demnächst Mittel der

Europäischen Gemeinschaft eingeworben werden sollen.

ZENTRUM FÜR MINDERHEITENFRAGEN

Projekt wird den Regierungen präsentiert

Volker Heesch im Nordschleswiger, 8.5.1991

FLENSBURG. Wenige Tage nach seinem Amtsantritt hat der neue schleswig-holsteinische Grenzlandbeauftragte Kurt Schulz (SPD), Eckernförde, im Beisein von Vertretern der deutschen, dänischen und friesischen Minderheit Auskunft über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit gegeben. Vor der Dänisch-Deutschen Grenzland-Pressekonferenz in Flensburg unterstrich Schulz, daß er mit der Vorlage der noch von seinem verstorbenen Amtsvorgänger Kurt Hamer formulierten Denkschrift zur Schaffung eines europäischen Zentrums für Minderheitenfragen „mit der Unterschrift Ministerpräsident Björn Engholms“ u.a. bei Staatsminister Poul Schlüter (K), Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (V), im Bundesinnenministerium und bei EG-Abgeordneten das Vorhaben vorwärts bringen werde. Schulz unterstrich, daß man das Projekt einvernehmlich mit den dänischen Partnern verwirklichen möchte, es solle nicht ohne dänische Zustimmung verfolgt werden.

Der Grenzlandbeauftragte stellte als gute Gründe für die Platzierung im deutsch-dänischen Grenzland – etwa in Flensburg und Apenrade – die in diesem Raum vorhandene „nötige Ruhe“ durch die hier praktizierte vorbildliche Minderheitenpolitik heraus. Die Einrichtung solle grenzüberschreitend tätig werden, und wissenschaftlich offene Fragen der europaweit fortbestehenden Minderheitenproblematik lösen. Z.B. warum jeder etwas anderes unter Minderheiten versteht und warum Mehrheiten die Minderheiten nicht tolerieren. Es gehe eventuell in Verbindung mit einer Akademie um intereuropäische Konfliktforschung, Wege zur Überwindung der Spannungen seien ein Ziel. Das Amt Nordschleswig und das Land Schleswig-Holstein sollten die Trägerschaft der Stelle übernehmen, für die Finanzierung solle die EG – oder auch Europarat und KSZE herangezogen werden.

Während Gerhard Schmidt, Gravenstein, als BdN-Hauptvorsitzender die Idee Kurt Hamers so rasch wie möglich verwirklicht sehen möchte, sprach SSV-Vorsitzender Heinrich Schultz, Garding, von einem bisher eher zurückhaltendem Echo innerhalb der dänischen Minderheit in dieser Angelegenheit. Es sei neu, daß die deutschen und dänischen Volksgruppen zu beiden Seiten der Grenze formale Kontakte unterhalten, in Verbindung mit dem Minderheiteninstitut „müßten wir uns zusammensetzen“, so Heinrich Schulz.

Kurt Schulz hatte vor der Grenzlandpressekonferenz seine eigenen Erfahrungen in Politik und Verwaltung als Basis für sein Wirken als Grenzlandbeauftragter

herausgestellt. So verstehe er sich als Vermittler der in der Landessatzung Schleswig-Holsteins festgeschriebenen Minderheitenförderung. Er bemühe sich, die Gemeinden zur Umsetzung der Vorgaben zugunsten der dänischen Minderheit zu bewegen. Konkrete Aufgaben werde er zugunsten der Friesen anpacken – das gleiche gelte für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. „Auch für kleine Probleme bin ich zuständig“, unterstrich er.

Jacob Tholund, Wyk/Föhr, Präsident des Friesenrates, forderte ein Engagement des Bundes zugunsten der friesischen Minderheit, die vorhandenen Aufgaben seien nicht durch die Kulturhoheit der Länder abgedeckt. Er sagte, es gehe bei den Problemen der hiesigen Minderheiten nicht um Bedrohungen wie für die Kurden, aber die „Liberalisierung der Lebensverhältnisse“ sei für Minderheiten oft mit einem Identitätsverlust verbunden, die Volksgruppen also indirekt einer Bedrohung ausgesetzt.

KARL OTTO MEYER ERHIELT SEINE BERUFSVERBOTS-AKTE

Flensburg Avis, 5.4.1991

SCHAFFLUND. Sichtlich gerührt nahm kürzlich der SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer zu seinem 63. Geburtstag zwei Akten-Konvolute entgegen: Es handelte sich um Kopien von Vorgängen über das 1952 von der CDU-geführten Landesregierung gegen ihn als Lehrer verhängte Berufsverbot.

Seit Jahren hatte Karl Otto Meyer nach diesen Unterlagen gesucht. Doch weder die Kieler Staatskanzlei, noch das Bildungsministerium konnten die Akten finden. Das gelang jedoch einem Mitglied des AKENS (Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein): Eher zufällig stieß Klaus Bästlein bei Recherchen im Landesarchiv Schleswig auf die Vorgänge über „die Entziehung der Unterrichtserlaubnis für den Lehrer Meyer“. Durch dieses Berufsverbot verstärkte sich das journalistische und politische Engagement K. O. Meyers. 1971 ging er schließlich als Abgeordneter in den Kieler Landtag. Dort hat er sich stets mit besonderem Nachdruck für die zeitgeschichtliche Forschung und einen freien Archivzugang eingesetzt. Sein Engagement dankte ihm jetzt der AKENS mit den Aktenstücken zur eigenen Person.

Das Berufsverbot gegen Karl Otto Meyer ging auf eine Veranstaltung in Sønderborg am 23.1.1952 zurück. Dort hatte der damals 23jährige Lehrer Meyer die deutsche Wiederaufrüstung kritisiert. Weiter erklärte er, daß für ihn die Loyalität zu Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit über derjenigen zur Staatsgewalt stehe.

Karl Otto Meyer wußte dabei nur zu gut, wovon er sprach. Denn im Januar 1945 war er aus deutschen Kriegsdiensten nach Dänemark desertiert und hatte sich der dortigen Widerstandsbewegung angeschlossen.

Mit seinen Äußerungen löste Karl Otto Meyer aber einen Rachefeldzug ehemaliger Nationalsozialisten und deutsch-nationaler Grenzkämpfer gegen sich aus. So machte der Flensburger CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Eduard Edert, der sich vor 1945 als NS-Propagandist in Nordschleswig hervorgetan hatte, die Ministerien in Bonn und Kiel gegen den „Dänenlehrer“ mobil. Der Flensburger Kreispräsident Peter Jensen (CDU) verlangte ein Unterrichtsverbot gegen Meyer und beabsichtigte, ihm „wegen Gefährdung deutsch-dänischer Beziehungen... den Reisepaß zu entziehen.“ Das „Flensburger Tageblatt“ mit seinem Chefredakteur Hanno Schmidt forderte gar die Anwendung des NS-Beamtengesetzes von 1937 gegen Lehrer an den dänischen Schulen in Südschleswig.

Zum eigentlichen Drahtzieher gegen Karl Otto Meyer wurde jedoch der Chef der damaligen Landes- und späteren Staatskanzlei Dr. Dr. Ernst Kracht, der von 1936 bis 1945 als NS-Oberbürgermeister in Flensburg amtierte und den Rang eines SS-Sturmbannführers bekleidet hatte. Kracht erlangte nicht nur die Zustimmung des ohnehin antidänisch gesinnten Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Lübke (CDU) für das Berufsverbot gegen Meyer, sondern er verschaffte sich auch beim Adenauer-Intimus und Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, Walter Hallstein (CDU), Rückendeckung. Nachdem die Unterrichtserlaubnis für Karl Otto Meyer Anfang Februar 1952 zunächst suspendiert worden war, folgte am 4.6.1952 ihre endgültige Rücknahme. Dagegen erhob Karl Otto Meyer Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht Schleswig. Doch gerade dieses Gericht wies in den 50er Jahren eine hohe Konzentration ehemaliger NS-Aktivisten auf. So wurde die Klage Meyers am 18.9.1953 von zwei Verwaltungsrichtern abgewiesen, die nicht nur der NSDAP angehört, sondern auch zu den deutschen Verwaltungsstäben in den besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion gezählt hatten. Erst das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hob mit dem Urteil vom 27.1.1954 endlich das Berufsverbot auf.

Karl Otto Meyer hat die beiden Jahre der regierungsamtlich verordneten Untätigkeit als Lehrer von 1952 bis 1954 nicht vergessen. Nur mit Hilfe eines Kreises dänischer Nachbarn in Schafflund, der ihm das wirtschaftliche Existenzminimum garantierte, konnte er die Prozesse gegen das Land Schleswig-Holstein durchstehen. In den 70er Jahren zählte der SSW-Abgeordnete daher zu den schärfsten Kritikern der Berufsverbote-Praxis in Schleswig-Holstein.

NS-TÖTUNGSAKTIONEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vor 50 Jahren begannen die Deportationen Behinderter und Kranker / Gedenkstätte für die Opfer der NS-Psychiatrie in Schleswig geplant

Kieler Korrespondenz Kontor, 10.5.1991

SCHLESWIG. Am 7. Mai 1941 ging der erste Transport mit 14 Patienten von der

damaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt Schleswig in nationalsozialistischen Tötungsanstalten ab. Bis 1945 folgten Dutzende weiterer Transporte aus den Anstalten in Kropp, Lübeck-Strecknitz, Neustadt, Rickling und Schleswig. Insgesamt sind über 3.000 Behinderte und Kranke aus Schleswig-Holstein den Mordaktionen zum Opfer gefallen. An die Geschehnisse vor 50 Jahren erinnerte jetzt eine Veranstaltungsreihe der Volkshochschule Schleswig unter Mitwirkung der psychiatrischen Fachkrankenhäuser und des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS).

Im überfüllten Saal der VHS Schleswig sprach der Rechtshistoriker Klaus Bästlein über die „Durchführung der nationalsozialistischen Tötungsaktionen“. Er schilderte die ideologischen Hintergründe für das Mordprogramm der Nationalsozialisten und behandelte die verschiedenen Maßnahmen auf Reichsebene – von der „Kinder-Euthanasie“ über die „Aktion T 4“, die „Aktion 14 f 13“ und die „Aktion Brandt“ bis zur Einrichtung von Vernichtungsanstalten im Osten. Anfang Mai 1941 begann die Umsetzung der Maßnahmen in Schleswig-Holstein.

So fand in Kiel eine „Euthanasie-Konferenz“ der Anstaltsdirektoren statt. Per Erlaß ordnete dann Gauleiter Lohse die Deportationen an. Sie führten zunächst nach Königslutter und weiter nach Bernburg an der Saale, wo Hunderte Schleswig-Holsteiner vergast wurden. Spätere Transporte gingen in verschiedene Tötungsanstalten. Noch im September 1944 brachte ein Zug fast 700 Patienten aus Schleswig direkt in die Vernichtungsanstalt Meseritz-Obrwalde. Daneben wurde 1941 in Schleswig eine sogenannte „Kinderfachabteilung“ errichtet, wo bis zum Mai 1945 218 Kinder und Jugendliche ums Leben kamen.

Zu der Veranstaltungsreihe zählte auch die Vorführung des dokumentarischen Spielfilms „Die Affäre Heyde/Sawade“, der 1963 unter der Leitung von F. K. Kaul in der DDR entstanden war. Der Film schildert die Nachkriegskarriere eines der Hauptverantwortlichen für die NS-Mordaktionen, Prof. Heyde. Unter dem Pseudonym „Dr. Sawade“ arbeitete der steckbrieflich gesuchte Heyde in den 50er Jahren als Gerichtsgutachter in Flensburg und Schleswig. Von hohen Mitarbeitern in Regierung, Justiz und Verwaltung war der Massenmörder nicht nur gedeckt, sondern sogar gefördert worden. 1961 befaßte sich ein Untersuchungsausschuß des Landtages mit der Affäre. Der Untersuchungsstaatsanwalt Prof. Ostendorf erklärte die Vorführung des Streifens jetzt sogar zur Fortbildungsveranstaltung für sein Mitarbeiter.

Bei der Eröffnung einer Ausstellung von Bildern heutiger Patienten des Fachkrankenhauses Hesterberg unterstrich Bürgermeister Nielsky (SPD) die Bedeutung der Veranstaltungsreihe. Die Stadt Schleswig als Standort zahlreicher psychiatrischer Einrichtungen müsse sich auch den düsteren Kapiteln ihrer Vergangenheit stellen. Im Fachkrankenhaus Stadtfeld wurde diese Vergangenheit lebendig, als der ehemalige Patient Fritz Niemand über seine Erfahrungen aus der

NS-Zeit berichtete. In den 30er Jahren gehörten Schläge und schmerzhaftes Schock-Behandlungen auch zum Alltag der Schleswiger Psychiatrie. Die Patienten wurden meist als Objekte behandelt, und nur wenige Pfleger achteten ihre Menschenwürde. Fritz Niemand ist 1936 in Schleswig zwangssterilisiert worden und überlebte 1944 nur auf Grund glücklicher Umstände die Vernichtungsanstalt Meseritz-Obrawalde.

Die ärztlichen Direktoren der Schleswiger Fachkrankenhäuser, Dr. Stolle und Dr. Oschinsky, wollen die Vergangenheit ihrer Einrichtungen nicht länger auf sich beruhen lassen. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Fachkliniken, unabhängigen Historikern und interessierten Bürgern ist an die Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer der NS-Psychiatrie in Schleswig-Stadtfeld gedacht, wo entsprechende Räumlichkeiten bereits vorhanden sind. Schon in seinem Vortrag hatte Klaus Bästlein betont, daß bislang nur an einem Ort in Europa an die schleswig-holsteinischen Opfer der NS-Psychiatrie erinnert wird – nämlich im Museum der Anstalt Meseritz-Obrawalde im heutigen Polen.

DÄNISCHES JAHRESTREFFEN 1991

Das traditionelle Jahrestreffen der dänischen Minderheit Anfang Juni ist auf eine lebhaftere öffentliche Resonanz gestoßen. Wir drucken im folgenden einen Bericht des „*Flensburger Tageblatts*“ vom 3.6.1991 über diesen „Höhepunkt in der Arbeit der dänischen Minderheit“ ab und zitieren dann einen Kommentar, der unter der Überschrift „Gleichberechtigung“ im „*Nordschleswiger*“ vom 4.6.1991 erschien.

„HÖHEPUNKT IN DER ARBEIT DER DÄNISCHEN MINDERHEIT“

(ft.). Das „wichtigste Fest der dänischen Minderheit“, wie Stadtpräsident Lothar Hay in seiner Ansprache meinte, das im nördlichen Landesteil gefeierte Jahrestreffen (Dansk Årsmøde), führte zwar gestern auch eine Reihe illustrierter Redner zur Hauptveranstaltung in die Fördestadt, doch im Mittelpunkt standen der festliche Umzug zum Sportplatz an der Marienhölzung sowie die vielen kulturellen und sportlichen Programmpunkte.

Das Jahrestreffen, meinte Schleswig-Holsteins Kultusministerin Marianne Tidick, stelle zwar einen Höhepunkt in der Arbeit der dänischen Minderheit dar, im kulturellen wie im sozialen Bereich sei aber die Arbeit viel weiter gespannt. „Die dänische Minderheit deckt mit ihren zahlreichen Organisationen ein breites Spektrum zum Nutzen der gesamten Bevölkerung ab.“ Die Ministerin wies auf die freundliche Verbundenheit hin, die heute zwischen der Minderheit und der Mehrheitsbevölkerung bestehe. „Förderung und Schutz der dänischen sowie der friesischen Volksgruppe“, sagte Marianne Tidick, „sind seit verganginem Jahr in der Landesverfassung verankert.“ Diesem Ziel seien auch die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet.

Stadtpräsident Hay verwies auf die bereits 1983 eingeleiteten Schritte der Stadt Flensburg, den dänischen Einrichtungen in der Fördestadt die gleiche Förderung zukommen zu lassen wie den deutschen. „Ich weiß“, meinte er, „daß wir die völlige Gleichstellung noch nicht erreicht haben.“ Wer es jedoch ernst meine mit der Gleichberechtigung, erklärte er im Hinblick auf das städtische Haushaltsdefizit, müsse auch bereit sein zum Teilen. „Ein Stufenplan“, sagte er, „wäre der Schritt in die richtige Richtung.“

Hay erwähnte auch, daß es nach wie vor „noch zu viele“ Deutsche gebe, „die sehr wenig von der Grenzlandproblematik verstehen.“ Schon in den Schulen müsse man sich daher mehr mit der Geschichte des Grenzlandes beschäftigen, um zu Toleranz zu finden. „Toleranz, gegründet auf der Historie, ist die Grundlage für das friedliche Neben- und Miteinander von Deutschen und Dänen im Grenzland.“

Der SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer befaßte sich am Vortag auf einer Veranstaltung im dänischen Freizeitheim in Engelsby mit dem Truppenabbau und seinen Folgen und forderte die Bonner Politiker auf, unter strukturpolitischen Gesichtspunkten abzurüsten. In den schlechter gestellten Gebieten sollte zunächst für Ersatzarbeitsplätze gesorgt werden. Zivilangestellte der Bundeswehr, meinte er, könnten z. B. zur Lösung sozialer und kultureller Aufgaben eingesetzt werden.

In seiner Rede betonte er die Notwendigkeit einer Festschreibung der Minderheitenrechte in einer gesamtdeutschen Verfassung sowie das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Im Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt sagte er, in dem „europäischen Haus“ müßte Platz sein für „alle Völker, alle Sprachen, Kulturen und politischen Meinungen“.

Zu dem Jahrestreffen waren gestern auch zahlreiche dänische Politiker nach Flensburg gekommen, darunter der Verteidigungsminister Knud Engaard und der dänische Parlamentspräsident Hans Peter Clausen.

GLEICHBERECHTIGUNG

dm. Die dänische Minderheit konnte mit dem Verlauf ihres traditionsreichen Jahrestreffens nur zufrieden sein: Das jährlich-pünktliche Telegramm der Königin, die Rundfunkansprache von Staatsminister Poul Schlüter sowie die „Årsmøde“-Teilnahme von zahlreichen Ministern, von Folketingspräsident H. P. Clausen, von Oppositionsführer Svend Auken sowie von sehr vielen Folketingsabgeordneten demonstrierte deutlich die tiefe Verbundenheit zwischen dem dänischen Volk und der dänischen Volksgruppe – gipfelnd in dem historischen Satz aus dem Jahre 1920, daß die dänischen Südschleswiger nicht vergessen werden, solange es eine dänische Minderheit gibt, wie es der Staatsminister betonte.

Grenzkampf-kriegerische Töne – wie noch vor wenigen Jahren – gab es nicht. Auch in diesem Jahr war die deutsche Seite gut vertreten: die schleswig-holsteinische Landesregierung durch die Ministerin Marianne Tidick und durch den

neuen Grenzlandbeauftragten Kurt Schulz sowie die Stadt Flensburg durch Stadtpräsident Lothar Hay; alle drei von der SPD. Der SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer stellte neue Forderungen in Richtung Kiel auf: Nicht wie seit 1990 500.000 DM, sondern jährlich zwei Millionen DM an Bauzuschüssen für die dänischen Minderheitenschulen sind nach seinen Worten „angemessen“. Auch von einem kommenden Landes-Kindergartengesetz erhofft sich Meyer weitere Zuschüsse, um so die Einsparungen bei den dänischen Staatsmitteln ausgleichen zu können. Scharfe Kritik wurde in manchen Reden an den Kommunen im Landesteil Schleswig geübt, die bisher nicht dem Artikel 5 der neuen Landesverfassung entsprechen, in dem auch die finanzielle Gleichberechtigung der dänischen Minderheit anerkannt worden ist. Der Husumer SSW-Landtagskandidat Peter Gerckens sprach sogar von einem gleichgültigen „Passus“, und andere Vertreter der dänischen Minderheit zeigten sich verärgert, daß manche Gemeinden zu den von der dänischen Minderheit einberufenen Bürgermeisterrunden gar nicht mal erscheinen. Der Flensburger Stadtpräsident Lothar Hay meinte in einer Passage, die sogar vom dänischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, Entschuldigungen mit dem Hinweis auf Haushaltsdefizite „können nicht auf Dauer herangezogen werden, um die berechtigten Forderungen der dänischen Minderheit nach Gleichberechtigung abzulehnen“. Der Grenzlandbeauftragte von Ministerpräsident Björn Engholm, Kurt Schulz, Eckernförde, unterstrich seinen Willen, der dänischen Minderheit zu ihrem Ziel Gleichberechtigung zu verhelfen. Er bedauerte – laut „Avis“ wörtlich – die „Idiotie“ jener Leute, die den Grenzkampf noch immer nicht vergessen haben...

NEUAUFLAGE EINER ARBEIT ÜBER DIE MINDERHEITEN IM GRENZLAND

Hinweis der Redaktion Die jüngere politische und kulturelle Entwicklung der dänischen nationalen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen nationalen Minderheit im Königreich Dänemark unter besonderer Berücksichtigung des friesischen Bevölkerungsteils in der Bundesrepublik – Bestandsaufnahme 1990. So heißt die 2., teils überarbeitete, ergänzte und aktualisierte Auflage der Hamburger politikwissenschaftlichen Dissertation von Carl Böhm. Die erste Auflage erschien 1987 (siehe GFH 3/1988); die Neufassung kann als Diskette (DM 20,-) und im Copydruck (DM 30,-) beim Verfasser bestellt werden: Bachstraße 20, 2000 Hamburg 76.

ZUR AUSSTELLUNG KZ LADELUND 1944

Der Grenzfriedensbund hat erneut eine Sonderpublikation herausgebracht: „Zur

Ausstellung KZ Ladelund 1944". In ihr sind drei Vorträge zusammengefaßt, die bei der Eröffnung der ständigen KZ-Dokumentation in Ladelund am 17. November 1990 gehalten wurden. Die Texte haben bleibenden Informationswert.

Johannes Tuhei gibt einen prägnanten Überblick über „Konzentrationslager in Deutschland 1933 bis 1945“. Der Beitrag ordnet die Geschichte des KZ Ladelund in größere Zusammenhänge ein.

Jörn-Peter Leppien charakterisiert Ladelund als eine bemerkenswerte „Stätte historisch-politischer Bildung“ in Schleswig- Holstein. Er skizziert die Geschichte der Ausstellung und führt in die inhaltliche wie gestalterische Konzeption ein.

Henry Mohrdieck arbeitet unter dem Motto „Wider das Vergessen und Verdrängen“ heraus, wo der pädagogische Wert der Arbeit Jugendlicher an der Ladelunder Dokumentation zu suchen ist.

Die Texte erschienen zuvor in den Grenzfriedensheften 4/1990 und 1/1991. Auch durch einen einleitenden Beitrag der Redaktion wird am Beispiel der Behandlung des Themas „KZ Ladelund“ in den Grenzfriedensheften dokumentiert, daß ein Schwerpunkt der Hefte seit Anfang der 80er Jahre auf dem Gebiet der regionalen Zeitgeschichte liegt.

Die Sonderpublikation umfaßt 26 Seiten und enthält 7 Abbildungen. Sie kann zum Preis von DM 3,- bei der Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes, Hafendamm 15, 2390 Flensburg oder bei der Kirchengemeinde Ladelund, Dorfstraße 43, 2265 Ladelund bestellt werden.